

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg.1964 / Nr.15 (19)

1. September

Einzelpreis S 3,-

US-KRIEG GEGEN DAS SOZIALISTISCHE VIETNAM!

Am 3. August veröffentlichte Chruschtschow in der "Prawda" und in der "Iswestija" einen Artikel, in welchem er den ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Dreiervertrags mit den Westmächten zum Anlaß nahm, sich darüber zu begeistern, wie sehr sich im vergangenen Jahr die "internationale Spannung gemindert", das "internationale Klima gebessert" habe, wie es gelungen sei, einen gewissen "Vorrat an Vertrauen" in den internationalen Beziehungen, eine "Politik des gegenseitigen Beispiels" und andere "Wohltaten" vorzubereiten und herbei zu führen. 24 Stunden später starteten 64 amerikanische Bombenflugzeuge von ihren an die Küsten Nordvietnams und Chinas dirigierten Flugzeugmutterschiffen aus, um in einem fünfstündigen rollenden Einsatz die Küstengebiete der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam), die dem sozialistischen Lager angehört und sich mit den USA nicht in Kriegszustand befindet, in Schutt und Asche zu legen. Nach amerikanischen Angaben wurden dabei zahlreiche lebenswichtige Anlagen, etwa 75 Prozent der nordvietnamesischen Verteidigungsflotte und ein wesentlicher Teil der Ölreserven der Demokratischen Republik Vietnam zerstört. Die Bombardements und die von ihnen verursachten Großbrände kosteten einer großen Zahl von Zivilpersonen, darunter vielen Frauen und Kin-

Aus dem Inhalt:

Seite

- 14 Unser Peking Korrespondent berichtet...
- 16 Wozu dient die Parole "Mitbestimmung"?
- 23 Also doch "Sozialpartnerschaft"!
- 24 Zehn Millionen für einen neuen Kirchenstempel
- 28 Gesiebte "WuZ-Diskussion"
- 32 Die KP Chinas antwortet

dern, das Leben. Sie haben die selbstgefälligen Reden Chruschtschows über die "fortschreitende internationale Entspannung" nicht mehr vernommen.

Ein kaltblütig vorbereiteter Massenmord

Kaum jemals ist irgendwo eine kriegerische Aggression so ungeniert vor den Augen der ganzen Welt vorbereitet worden wie jene, die die USA jetzt gegen das sozialistische Nordvietnam durchführten. Man braucht nur die Zeitungen der letzten Wochen durchzublättern:

Schon Ende Juni d.J. teilten die amerikanischen Senatoren AIKEN und MORSE mit, im Pentagon sei es jetzt "beschlossene Sache, den Krieg über die Grenzen Südvietnams nach Norden zu tragen".

Unmittelbar danach nahm Washington einen aufsehenerregenden Botschafterwechsel in Südvietnam vor: an Stelle von Cabot LODGE traf am 7. Juli der Vorsitzende des US-Generalstabskomitees, General Maxwell TAYLOR, als neuer Botschafter in Saigon ein. Taylor war jahrelang Stabschef der amerikanischen Armee, war einer der Organisatoren und Befehlshaber des amerikanischen Krieges in Korea und gilt als Vertreter der "Politik des bemessenen Einsatzes", das heißt einer Politik, die nicht bloß "am Rande des Krieges" balanciert wie jene von Dulles, sondern jenseits dieses Randes.

Am 9. Juli veröffentlichte Washington eine Erklärung seines Verteidigungsministers McNAMARA vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, die USA seien bereit, die Ausdehnung ihres südvietnamesischen Krieges auf Nordvietnam zu riskieren.

Am 10. Juli teilte der Sprecher des US-Staatsdepartements, Richard PHILLIPS, mit, die amerikanischen Strategen hätten bereits eine Reihe von Plänen über Luftangriffe gegen die Demokratische Republik Vietnam ausgearbeitet, die "innerhalb einer Stunde" ausgeführt werden könnten. Unter anderem sei eine Liste von 200 nordvietnamesischen Bombardierungszielen zusammengestellt worden.

Am 14. Juli erörterte auch der US-Staatssekretär für Fernostfragen, William BUNDY, in einer französischen Fernsehsendung, diese Pläne und gab bekannt, daß man die Luftangriffe gegen Nordvietnam mit einer Seeblockade verbinden werde.

In der darauffolgenden Woche trumpften die führenden Militärs der südvietnamesischen Marionettenregierung bereits damit auf, daß die amerikanischen Militäroperationen gegen Nordvietnam nun knapp bevorstünden und man erwarte, sie würden die Voraussetzungen dafür schaffen, auch mit Bodentruppen vordringen zu können.

Noch im Laufe des Juli wurde auch die Zahl der in Südvietnam tätigen amerikanischen "Militärberater" von 16.000 auf weit über 20.000 erhöht.

Am 4. August schrieb schließlich die österreichische "Presse" in einem Leitartikel, "daß Washington zu neuen Mitteln greift, um der Lage Herr zu werden. Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß amerikanische Bomber Nachschub der kommunistischen Partisanen auch jenseits der Grenzen angreifen. Man weiß ferner, daß Kommandounternehmungen der südvietnamesischen Armee mit dem gleichen Ziel auf nordvietnamesisches Gebiet vorgetragen werden. Rechnet man hinzu, daß die USA in jüngster Zeit die Stärke ihres militärischen Einsatzes in Indochina um 30 Prozent erhöht haben, so wird klar, daß dort in absehbarer Zeit ernste Entscheidungen fallen werden."

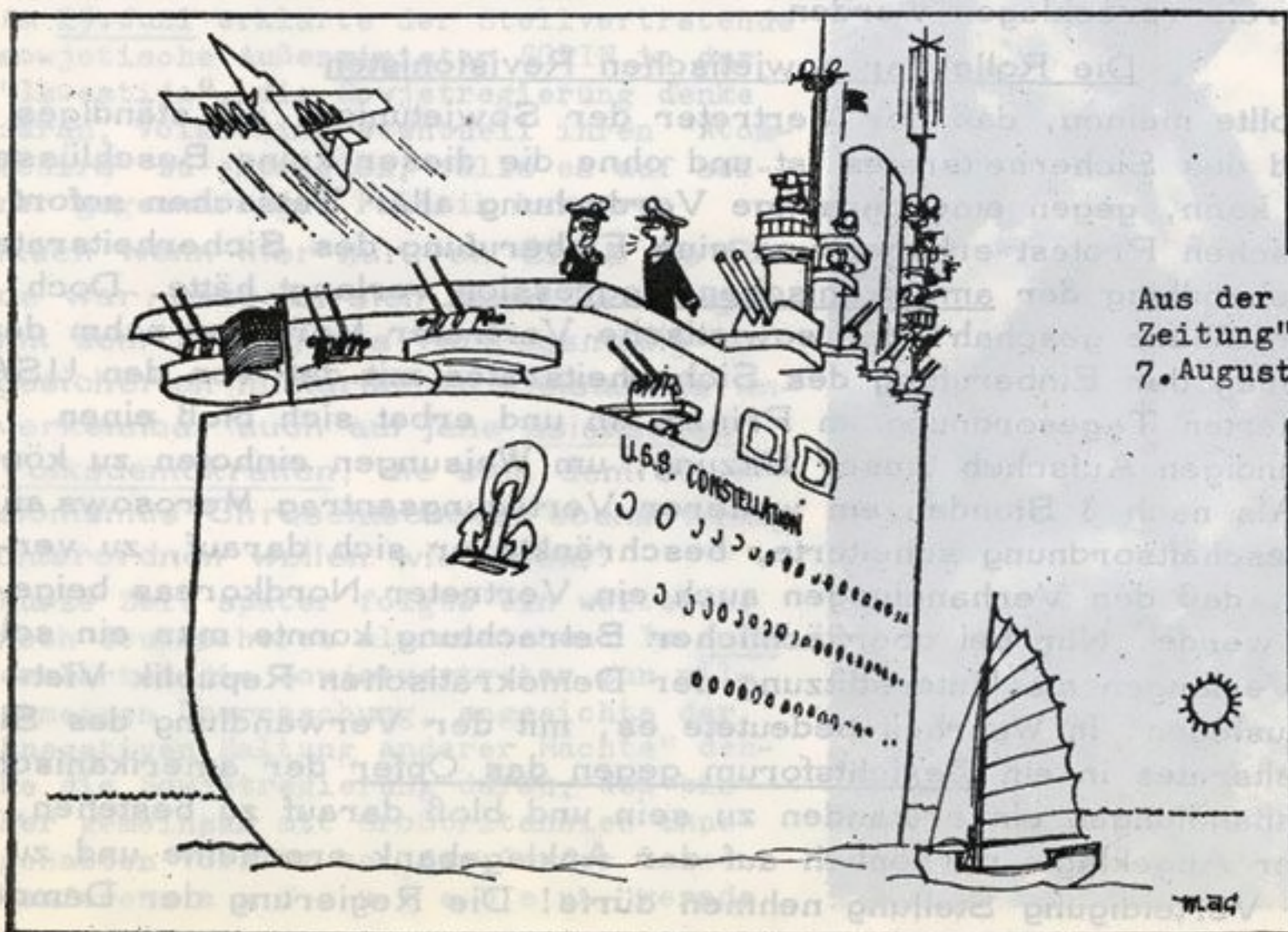
Während der Leitartikler der "Presse" diese Sätze schrieb, rollte das lang vorbereitete Programm der Ausweitung des südvietnamesi-

schen Krieges auf das Gebiet der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) bereits ab:

Am 2. August nahm der amerikanische Zerstörer "Maddox" Kurs auf die nordvietnamesische Küste im Golf von Tonking. Als er in den Hoheitsgewässern der Demokratischen Republik Vietnam Torpedobooten begegnete, die ihm den Weg versperren wollten, nahm er sie sofort unter Feuer. Es war eine glatte Provokation in der Manier eines Banditen, der in ein fremdes Haus eindringt, den Hausherrn attackiert und dann noch den "Angegriffenen" spielt. Hatten die Amerikaner doch die Stirne, ihrem Gewaltakt einen diplomatischen "Protest" an die Adresse Nordvietnams folgen zu lassen und die Überfallenen als "Aggressoren" zu erklären - als ob sich die Zwischenfälle wenige Kilometer vor der Küste der USA und über 15.000 Kilometer von Nordvietnam entfernt ereignet hätten und nicht umgekehrt! Immerhin: dies eine Mal wollten die USA noch Gnade vor Recht ergehen lassen, sollte aber ein neuer "Angriff" erfolgen, so würden sie ihn mit einem "Gegenangriff bis zur Vernichtung der angreifenden Kräfte" beantworten. Während sie dies erklärten, hatten sie für einen solchen angeblichen "zweiten Angriff" längst das Drehbuch fertig. Es klappte wie am Schnürchen: knappe 48 Stunden später tauchten am vorgesehenen Ort und zur vorgesehenen Zeit schon die "wegen schlechter Sicht nicht identifizierbaren", aber selbstverständlich "nordvietnamesischen" Torpedoboote auf, schossen ein paarmal ins Blaue und gaben damit das gewünschte Startzeichen für das, was man seit Wochen und Monaten angekündigt hatte.

Man erinnert sich an die Worte HITLERS am 1. September 1939, als das "so lange geduldig gebliebene Deutschland" auf die "polnische Agg-

SOGAR DIE ANTIKOMMUNISTISCHE PRESSE SPOTTETE ÜBER DIE LUGEN DER USA:



Aus der "Kronen-
Zeitung" vom
7. August 1964

„... Der da hat angefangen ...!“



ression eine "positive Antwort" geben mußte:
 "Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten!"
 Haargenau in die gleiche Pose der verfolgenden Unschuld stellte sich 4. August 1964 der USA-Präsident JOHNSON und teilte der "Nation" mit der Miene eines Menschen, den man zum Äußersten getrieben hat, mit: "Wiederholten Gewalt-handlungen muß mit positiver Antwort begegnet werden. Diese Antwort wird, während ich jetzt zu Ihnen spreche, erteilt!"

Freilich - was jesuitische Heuchelei und menschenverachtenden Zynismus betrifft, hat Johnson alle Vorbilder übertroffen: während in Nordvietnam die amerikanischen Bomben platzten und Menschen zerfetzt wurden, verkündete Johnson, daß die "Mission" der USA der Frieden und nichts als der Frieden sei, gab er seiner tiefen Abscheu vor jeglicher "Aggression" Ausdruck. Während seine Bomberverbände hundertfachen Tod auf Nordvietnam warfen, warf Johnson ein Papierchen in den Briefkasten, in dem er bei der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam Beschwerde gegen die Anwendung von Gewalt führte. Und um das Maß voll zu machen, beantragte er die sofortige Einberufung einer dringlichen Sitzung des Sicherheitsrates der UNO - nicht zur Behandlung der amerikanischen Aggression gegen ein sozialistisches Land am andern Ende der Welt, sondern "um die ernste Situation zu erörtern, die infolge einer planmäßigen Attacke des Regimes in Hanoi gegen amerikanische Schiffe entstanden ist"! Es ist kein Zweifel, daß diese Rekordleistung an Demagogie nur mehr von jenen übertroffen werden kann, die Johnson nun für den Friedens-Nobelpreis vorschlagen werden.

Die Rolle der sowjetischen Revisionisten

Man sollte meinen, daß der Vertreter der Sowjetunion, die ständiges Mitglied des Sicherheitsrates ist und ohne die dieser keine Beschlüsse fassen kann, gegen eine derartige Verdrehung aller Tatsachen sofort stürmischen Protest erhoben und eine Einberufung des Sicherheitsrates zur Behandlung der amerikanischen Aggression verlangt hätte. Doch das Unfaßbare geschah: der sowjetische Vertreter Morosow nahm den Vorschlag der Einberufung des Sicherheitsrates mit der von den USA formulierten Tagesordnung im Prinzip an und erbat sich bloß einen dreistündigen Aufschub dieser Sitzung, um Weisungen einholen zu können. Als nach 3 Stunden ein weiterer Vertagungsantrag Morosows an der Geschäftsordnung scheiterte, beschränkte er sich darauf, zu verlangen, daß den Verhandlungen auch ein Vertreter Nordkoreas beigezogen werde. Nur bei oberflächlicher Betrachtung konnte man ein solches Verlangen als Unterstützung der Demokratischen Republik Vietnam auslegen. In Wahrheit bedeutete es, mit der Verwandlung des Sicherheitsrates in ein Gerichtsforum gegen das Opfer der amerikanischen Kriegshandlungen einverstanden zu sein und bloß darauf zu bestehen, daß der Angeklagte persönlich auf der Anklagebank erscheine und zu seiner Verteidigung Stellung nehmen dürfe! Die Regierung der Demo-

kratischen Republik Vietnam hat ihre Mitwirkung an einer solchen Sitzung des Sicherheitsrates denn auch mit aller Deutlichkeit abgelehnt, womit dem Sowjetvertreter die verdiente Abfuhr zuteil wurde. Bezeichnend ist übrigens, wie die Welpresse den Verlauf der Sitzung des Sicherheitsrates beschrieb: Von scharfen Worten des amerikanischen Vertreters Stevenson gegen die "Aggressionspolitik des kommunistischen China" abgesehen, gab es eine "ruhige Debatte", die laut "Neuer Zürcher Zeitung" sogar etliche "heitere Momente" aufwies. Ob die Bevölkerung von Nordvietnam und die Völker jener Länder, denen morgen ein ähnliches Schicksal droht, wohl viel Verständnis für diese Heiterkeit aufbringen werden? Die "Zurückhaltung Morosows war die einzige wirkliche Sensation des Tages", ergänzte das Blatt, da sie zeigte, wie weit das Interesse der Sowjetregierung geht, keinen Streit mit den USA zu beginnen und die "Lasten" der Situation in Südostasien dem kommunistischen China zu überlassen!

Die Wahrheit ist leider noch ernster. Welch schwere Verantwortung die sowjetischen Revisionisten unter dem Kommando Chruschtschows nicht nur auf der Sitzung des Sicherheitsrates, sondern bei der ganzen Entwicklung der Ereignisse in Südostasien auf sich geladen haben, wird schon aus der folgenden unvollständigen Übersicht klar:

Am 21. Juni veröffentlichte die "Prawda" einen Artikel ihres führenden Kommentators SHUKOW, in dem erklärt wurde, falls die KP Chinas ihre "antisowjetische" Einstellung nicht aufgeben, werde sich die Sowjetunion an ihren militärischen Beistandsvertrag nicht mehr gebunden fühlen.

Am 29. Juni erklärte der Stellvertretende sowjetische Außenminister SORIN in der "Iswestija", die Sowjetregierung denke daran, Volkschina eventuell ihren "Atomschirm" zu entziehen, falls es auf seiner gegenwärtigen Politik beharre.

Auch wenn hier nur von China die Rede war, bezogen sich diese Drohungen mit dem Entzug des vertragsmäßig zugesicherten militärischen Beistandes unverkennbar auch auf jene asiatischen Volksdemokratien, die sich dem Revisionismus Chruschtschows ebensowenig unterordnen wollen wie China!

Kurze Zeit später folgte ein weiteres, noch deutlicheres Alarmzeichen: Im Juli erklärten die Sowjetvertreter zur allgemeinen Überraschung, angesichts der "negativen Haltung anderer Mächte" denke die Sowjetregierung daran, den bisher gemeinsam mit Großbritannien innegehabten Vorsitz bei der Genfer Laokonferenz aufzugeben - gerade

US-Napalm in Südvietnam



in dem Moment, da diese Position neue Bedeutung gewann! Welche anderen Mächte waren da wohl gemeint? Die imperialistischen Westmächte etwa? Aber da hätte sich die Sowjetunion doch aus anderen Institutionen, zum Beispiel aus der UNO, schon längst zurückziehen müssen! Da sie es bekanntlich nicht tat, liegt die Vermutung nahe, daß im gegenständlichen Fall die südostasiatischen Länder selbst gemeint waren. Anders ausgedrückt: Da die Dinge in Südostasien nicht so laufen, wie er möchte, hat Chruschtschow das Interesse daran verloren; weil Südostasien kein Bollwerk des Revisionismus, sondern ein Druckkessel der Revolution ist, droht er ihm die sowjetische Unterstützung zu entziehen!

Als am 27. Juli der englische Außenminister BUTLER nach Moskau flog, um mit Chruschtschow und Gromyko auch über südostasiatische Fragen zu verhandeln, wurde das ganz offensichtlich. Chruschtschow erklärte sich an diesem Gebiet "desinteressiert" und stellte neuerlich in Aussicht, die Sowjetunion gedenke sich vom Vorsitz der Laoskonferenz zurückzuziehen! Prompt haben Londoner Kommentatoren aus dieser Erklärung den Schluß gezogen, dieses abnehmende Interesse sei nicht bloß eine Folge des sinkenden Prestiges der Sowjetregierung in Südostasien, sondern auch Ausdruck des Bestrebens, "freie Hand für ein kompliziertes Spiel zu haben, dessen einfaches Ziel darin besteht, Peking und Washington - ohne eine große Explosion, die auch die Sowjetunion betreffen würde - sich gegenseitig schwächen zu lassen" ("Neue Zürcher Zeitung", 4.8.1964).

Ob nun der Eindruck, den die Bourgeoisie von den Hintergründen der sowjetischen Haltung hat, stimmt oder nicht - immerhin bestimmt dieser Eindruck weitgehend die praktische Politik des Westens - so steht doch eine Tatsache außer Frage:

Die wiederholten Andeutungen sowjetischer Politiker, ihre Regierung werde sich nicht unbedingt an ihre militärischen Beistandsverpflichtungen gegenüber den anderen Ländern des sozialistischen Lagers (insbesondere in Asien) halten, und gar erst die demonstrative Bekundung des "Desinteresses" an Südostasien sind eine direkte Einladung der Imperialisten zu immer frecheren und abenteuerlicheren Versuchen, das sich ergebende "Vacuum" zu füllen, das heißt, dort ungeniert ihr räuberisches Handwerk zu treiben!

Auch die von Seiten der Chruschtschow-Gruppe unermüdlich heruntergeleierte demagogische Beschuldigung des sozialistischen China, es sei abenteuerlich und kriegslüstern, unterwühle den Frieden und die internationale Zusammenarbeit - was anders bedeutet sie als eine Schützenhilfe, einen Entlastungsangriff zugunsten des USA-Imperialismus, als aktive Mithilfe bei der Errichtung eines Tarnvorhangs, hinter dem die wirklichen Kriegstreiber, die imperialistischen Drahtzieher aller Kriege, umso ungestörter agieren können?! Am 4. August lasen die Sowjetbürger im "Kommunist" eine lange Abhandlung gegen die KP Chinas, sie betreibe "eine Politik der Armut nach innen und eine Politik des Krieges nach außen", organisiere allenthalben militärische Konflikte, bewaffnete Aufstände usw. Dieses politische Bombardement der größten Friedensmacht Asiens erfolgte an demselben Tag, an dem das effektive Bombardement des sozialistischen Vietnam durch die USA stattfand, dort Männer, Frauen und Kinder starben, Wohnungen, Schiffe und Vorratslager in Flammen aufgingen! Wir hoffen sehr, daß diese unmißverständliche Gleichzeitigkeit zumindest einem Teil der Leser des "Kommunist" ins Bewußtsein gerufen hat, daß das, was ihnen Chruschtschow da vorsetzte, direkte Wegemacherei für Taylor war!

Bezeichnende Kommentare

Die "Volksstimme" hat nach den amerikanischen Kriegshandlungen gegen das sozialistische Vietnam eine Reihe von Stellungnahmen der in- und ausländischen nichtkommunistischen Presse zitiert, die über die schwere Verantwortung der USA an den Geschehnissen in Südostasien manches wahre Wort enthielten. Tatsächlich war die amerikanische Kriegsprovokation so offensichtlich, die Darstellung der amerikanischen Politiker über den angeblichen Hergang der Ereignisse so unglaubwürdig, daß nur wenige Zeitungen wagten, ihren Lesern diese Lügen als bare Münze vorzusetzen. Doch auch in bezug auf die Haltung der Sowjetregierung sind diese Kommentare sehr aufschlußreich. Selbst wenn man die Äußerung des US-Staatssekretärs William Bundy vor Pressevertretern, dem amerikanischen Bombardement Nordvietnams seien "intensive amerikanisch-sowjetische Fühlungen vorangegangen", nicht so auslegt wie jene Zeitungen, die daraus schlossen, die USA habe vor dem Bombardement bei der Sowjetunion das Terrain über die möglichen Folgen einer solchen Aktion sondiert und es für "günstig" befunden - selbst wenn man also nicht so weit geht, kann man doch unmöglich die Augen davor verschließen, daß in buchstäblich allen Kommentaren eine Überlegung immer wiederkehrt: Die USA haben ihre Kriegsaktion gegen das sozialistische Vietnam nur riskiert, weil sie der "Nichteinmischung" der Sowjetunion sicher waren und darauf spekulierten, dem sozialistischen China würden die Hände durch das Fehlen atomarer Waffen gebunden sein. Begnügen wir uns mit drei diesbezüglichen Beispielen:

Schon am Vorabend der amerikanischen Aggression schrieb der Leitartikler der österreichischen "Presse", daß jetzt der Moment für die Anwendung "neuer Mittel" durch die USA günstig sei, denn erstens habe "Peking heute noch keine Atombombe" und zweitens bestehe die "Chance", daß "der Kreml dem Ausbruch eines amerikanisch-chinesischen Krieges untätig zusehen werde"!

Ähnlich argumentierte der "Kurier" am 8. August in einem Leitartikel unter dem Titel "Das kalkulierte Risiko", die amerikanische Kalkulation stelle einerseits in Rechnung, daß China durch den "Abzug der Sowjetexperten, die Einstellung sowjetischer Lieferungen" usw. geschwächt sei,

Was die antikommunistische Presse freut:



und andererseits - "im Gegensatz zur Zeit des Koreakrieges" - "nicht auf sowjetische Waffenhilfe rechnen" könne.

Noch bezeichnender war die Überlegung der "Arbeiter-Zeitung" vom 7. August, das amerikanische Vorgehen sei im gegebenen Zeitpunkt, unabhängig davon, was im Golf von Tonking wirklich passiert ist, "vertretbar" gewesen, "vor allem deshalb, weil seit der Entfremdung zwischen China und der Sowjetunion auf der kommunistischen Seite kein Atomwaffenpotential vorhanden ist, das das 'Aufschaukeln' des Konflikts zu einem Atomkrieg befürchten ließe"!

Es ist klar, was das heißt! Es heißt, daß die USA ihren verbrecherischen Überfall auf ein Land des sozialistischen Lagers "riskiert" haben, weil sie wußten, daß diesem Land und seinen verlässlichen Freunden noch keine Atomwaffen zur Verfügung stehen!

Es heißt, daß dem sozialistischen Nordvietnam die amerikanische Aggression und der ganzen Menschheit die damit verbundene Verschärfung der Kriegsgefahr erspart geblieben wäre, wenn "auf der kommunistischen Seite" bereits Atomwaffen vorhanden gewesen wären!

Selten noch ist so anschaulich demonstriert worden, worauf die Chruschtschowsche Politik der "Nichtweiterverbreitung" der Atomwaffen im sozialistischen Lager hinausläuft, selten noch wurde so schlüssig bewiesen, welche unermessliche Stärkung des Friedens in Asien und in der Welt es bedeuten wird, wenn Volkschina atomare Verteidigungswaffen entwickelt und den anderen sozialistischen Ländern zur Verfügung stellen kann!

Auch die merkwürdige Sanftheit und Lahmheit der sowjetischen Stellungnahmen nach dem amerikanischen Bombenüberfall wurde allgemein bemerkt. "Die Angelegenheit wird in Radio und Presse deutlich heruntergespielt", kabelte ein Korrespondent aus Moskau nach dem Westen, während sein Washingtoner Kollege meldete, hier rechne man damit, daß sich "der Kreml mit Verbalmanifestationen und diplomatischen Manövern in den Vereinten Nationen begnügen" werde. Das Äußerste, was sich die "Prawda" abringen konnte, war eine Erklärung, in der es hieß:

"Die Aggression der USA gegen Nordvietnam muß unverzüglich eingestellt werden, widrigenfalls ..." - gespannt wartete der Leser, was nach diesem rhetorischen Anlauf kommen werde, doch es kam - nichts: - "...widrigenfalls kann sie zu einem umfassenden militärischen Konflikt ausarten." (Zitiert laut "Volksstimme" vom 8. August).

Man traut seinen Augen nicht, wenn man dann weiter von "überstürzten Handlungen" der USA liest, die ernste Folgen haben könnten. Was heißt hier "überstürzt"? Wollte die "Prawda" damit sagen, daß sie den Abwurf der amerikanischen Bomben in einem späteren Zeitpunkt eventuell verstanden und gebilligt hätte? Wogegen protestiert sie eigentlich: gegen die Bomben oder bloß gegen den unpassenden, verfrühten Zeitpunkt ihres Einsatzes? Aus New York ließ sich die "Prawda" von ihrem Korrespondenten berichten, er gewinne den "Eindruck, daß die USA bereit sind, die aggressiven militärischen Operationen in Südostasien auszudehnen". Welch kühner Verdacht in einem Moment, da es

schon Bomben regnet! "Es ist ganz deutlich zu merken," schrieb die "Arbeiter-Zeitung" am 8. August unter dem Titel "Chruschtschow als Zuschauer", "daß Moskau sozusagen nur sein Plansoll an Rüge erfüllt. Tatsächlich haben manche nichtkommunistischen Zeitungen die amerikanische 'Strafaktion' schärfer kritisiert als es die Sowjetzeitungen tun, die alles, was mit Nordvietnam zusammenhängt, nicht an erster Stelle, sondern möglichst unauffällig bringen." Man braucht nur die auch in Österreich ziemlich verbreitete Moskauer außenpolitische Zeitschrift "Neue Zeit" zur Hand nehmen, um zu sehen, daß die "Arbeiter-Zeitung" in diesem Fall leider nicht unrecht hat.

Im Takt des Zeigefingers

Die österreichischen Revisionisten erweisen sich erwartungsgemäß auch im Falle der Kriegsprovokation in Nordvietnam wieder einmal als Leute, die aufmerksam beobachten, wie Chruschtschow hustet und spuckt, um ihn originalgetreu zu kopieren. Am Tag, da auf das sozialistische Vietnam die amerikanischen Bomben fielen, brachte die "Volksstimme" auf der Titelseite die Schlagzeile "Konkrete Schritte zur Annäherung" - womit allerdings nicht die US-Bomben gemeint waren, sondern die Verhandlungen, die eine Gruppe von Amerikanern unter Leitung Mister David Rockefeller, des Präsidenten der Chase-Manhattan-Bank, in Leningrad geführt hatte. "Die Luft ist sauberer geworden", triumphierte die "Volksstimme" sodann in einem Dreispalter, derweilen in Nordvietnam der Luftkrieg tobte und der Geruch verbrannten Fleisches die Luft verpestete. Selbst am Tag, da die gesamte Weltpresse von dem neuen Krieg in Südostasien schrieb, fand es die "Volksstimme" passend, weiter die internationale Entspannung zu lobpreisen, die seit Abschluß des Dreier-Vertrags zustandegekommen sei.

Ihren erschütterndsten Ausdruck findet die systematische Verharmlosung und Bagatellisierung der amerikanischen Kriegshandlungen gegen ein sozialistisches Land in der Darstellung, als handle es sich dabei bloß um eine Art von unerlaubten amerikanischen Wahlmanövern: "Um einen Präsidentschaftskandidaten durchzubringen, wird die Welt an den Rand eines Krieges getrieben", schrieb das Zentralorgan der KPÖ am 7. August im Leitartikel; "der amerikanische Wahlkampf darf nicht auf Kosten des Weltfriedens geführt werden", schrieb die FÖJ-Leitung an Johnson; "wegen innerpolitischer Wahlkampfinteressen" dürfe das Leben von Frauen und Kindern nicht bedroht und zerstört werden, verlangte der Bund demokratischer Frauen; und Jenö Kostmann resümierte:

"Es ist wahrhaftig eine Neuheit, freilich eine höchst gefährliche Neuheit, daß nun amerikanische Wahlkämpfe mit Bomben auf fremde Länder ausgetragen werden."

Der Sinn solcher Verniedlichung kann nur sein: Beruhigt Euch, Leute! Es ist ja bloß eine innenpolitische Aktion des von Goldwater be-

WIR BITTEN UM VERSTÄNDNIS, daß die ersten Berichte der Teilnehmer unserer Delegation nach Albanien, sowie die schon angekündigte Arbeit über Jugoslawien aus Raumgründen erst in der folgenden Nummer der "Roten Fahne" veröffentlicht werden können.
--

drängten Johnson, beileibe kein Ausdruck der aggressiven und kriegsschwangeren Außenpolitik des amerikanischen Imperialismus, es ist ja nur eine vorübergehende "Taktik" und beileibe kein Schritt im Zuge der amerikanischen Weltkriegsstrategie, lediglich eine Art von über die Stränge schlagendem "Wahlschmäh", der morgen schon wieder ad acta gelegt wird. Keinesfalls dürfe man die Ruhe verlieren und den imperialistischen Angreifern Gleiches mit Gleichem vergelten: "Der Kampf gegen die Kriegstreiber kann nicht mit ihren Mitteln geführt werden!" (J.Kostmann in der "Volksstimme" vom 9.August). Auch nicht dort, wo die Imperialisten bereits die Waffen sprechen lassen, Genosse Ghandi ?

Am 5.August hat die "Volksstimme" einen schönen Artikel über den "Verrat an den Grundsätzen und Beschlüssen der sozialistischen Bewegung" durch jene Funktionäre abgedruckt, die nichts gegen den imperialistischen Krieg taten, obwohl sie feierlich geschworen hatten, ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen. Am 22.August folgte ein nicht minder lobenswerter Artikel unter dem Titel "Appeasement-Politik torpedierte den Frieden". Leider waren sie bloß geschichtlichen Themen (dem Beginn des Ersten und der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs) gewidmet und es scheint sowohl den Verfassern als auch den Druckern dieser Artikel entgangen zu sein, welch hochaktuelle - und verpflichtende! - Worte sie hier zu Papier brachten.



Während wir noch schreiben, hören wir schon das Geschrei der Revisionisten: "Ihr Abenteurer! Ihr Kriegstreiber! Wegen einiger Bomben auf Hinterindien wollt Ihr einen Weltkrieg anzetteln? Soll man wegen Vietnam die ganze Menschheit ins Unglück stürzen?" - NEIN, Herrschaften! Der Weltfrieden liegt uns mindestens ebenso am Herzen wie Euch. Wir wollen keinen Weltkrieg - nicht wegen Vietnam, nicht wegen Kuba, nicht wegen des Kongo, nicht wegen der DDR noch wegen irgendeines beliebigen anderen Landes. Doch indem Ihr die Frage so stellt, entlarvt Ihr Euch schon als vollendete Demagogen und Kapitulant! ES GILT NICHT, WEGEN IRGEND EINES EINZELNEN LANDES DIE GANZE WELT INS UNGLÜCK ZU STÜRZEN, SONDERN IM INTERESSE DER GANZEN WELT JEDEM EINZELNEN LAND MIT ALLEN MITTELN BEI DER ABWEHR DER KRIEGSBRANDSTIFTER BEIZUSTEHEN! Geht den amerikanischen Imperialisten der verbrecherische Überfall auf das sozialistische Vietnam ungestraft durch, so werden sie morgen noch ungezierter ein anderes sozialistisches oder im antiimperialistischen Befreiungskampf stehendes Land angreifen, wird sie nichts davon abhalten, sich morgen den Kongo vorzuknöpfen, übermorgen Kuba, nächstens die DDR und schließlich - darüber möge man sich keine Illusionen machen - auch die Sowjetunion selbst!

Mehr denn je gilt es heute, die unerhörten Gefahren zu erkennen, die den Weltfrieden bedrohen. Der moderne Revisionismus hat diese Gefahren gewaltig erhöht. Nur wenn er rechtzeitig überwunden wird, kann der Sozialismus und kann der Frieden triumphieren!

F.St.

Wir veröffentlichen im folgenden den Text dreier auf Beschluß des Redaktionskollektivs der "ROTEN FAHNE" verfaßten und von ihrem Herausgeber unterzeichneten Schreiben, die unmittelbar nach der amerikanischen Aggression gegen die Demokratische Republik Vietnam abgesandt wurden:



An die
Botschaft der USA
W i e n 9.,
Boltzmanngasse 16

P R O T E S T !

Im Namen aller österreichischen Marxisten-Leninisten sowie aller ernsthaft gegen Imperialismus und Krieg kämpfenden Kräfte unseres Landes erheben wir flammenden Protest gegen die verbrecherischen Kriegshandlungen der USA gegen die Demokratische Republik Vietnam.

Mit ihren Mordbrennereien gegen ein um seine nationale Unabhängigkeit kämpfendes Volk und einen Staat, in dem das siegreiche Volk eine Gesellschaftsordnung des Friedens und des Sozialismus aufbaut, hat die Regierung der USA vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit erneut demonstriert, daß der amerikanische Imperialismus der gefährlichste Feind des Weltfriedens, der hemmungsloseste Aggressor, der skrupelloseste Unterdrücker der Völker ist und daß man den Frieden, die Sicherheit und den Fortschritt in der Welt nur im schärfsten Kampf gegen diesen Hauptfeind der Menschheit verteidigen kann.

Auf die Greuelthaten der amerikanischen Kriegsmaschine werden wir österreichischen Marxisten-Leninisten mit einer Verstärkung unseres Kampfes gegen diese Kriegsmaschine und ihre Dirigenten und Helfershelfer antworten. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die imperialistischen Henker, die heute das Volk von Vietnam und morgen die ganze Welt mit ihren Terrorbomben botmäßig machen wollen, ihrer gerechten Strafe nicht entgehen werden!

Das Redaktionskollektiv der
"ROTEN FAHNE"



An das
Zentralkomitee der Partei der Werktätigen Vietnams
H a n o i
Demokratische Republik Vietnam

Werte Genossen!

Anläßlich der verbrecherischen Kriegshandlungen der USA-Imperialisten gegen das heldenhaft um seine nationale Unabhängigkeit kämpfende Volk von Vietnam und gegen seinen sozialistischen Staat drängt es uns, Euch unserer unerschütterlichen Solidarität und brüderlichen Verbundenheit im Geiste des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu versichern.

Die Kriegsverbrechen der Regierung Johnson gegen das Volk im Süden und Norden Eures Landes bestätigen erneut die unveränderte Gültigkeit der Feststellung der Moskauer Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960, daß der amerikanische Imperialismus die Hauptkraft der Aggression und des Krieges, das Hauptbollwerk der Weltreaktion, der Weltgendarm, der Feind der Völker der ganzen Welt ist und der Kampf um die Sicherung und Festigung des Friedens in der Welt die bedingungs-

und schonungslose Bekämpfung des amerikanischen Imperialismus voraussetzt.

In diesen ernsten Tagen, in denen unsere Gedanken und Gefühle mehr als je zuvor bei Euch sind, versprechen wir Euch, Genossen, unsere eigenen Anstrengungen im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus als den Hauptfeind des Weltfriedens zu verdoppeln, um an unserem Kampfabschnitt das Maximum dessen zu tun, was man für den Sieg der gerechten proletarischen Sache in allen Ländern zu tun vermag.

Ermutigt und begünstigt durch die zersetzende Tätigkeit der modernen Revisionisten versucht der USA-Imperialismus, seinen mörderischen Raubkrieg auf immer neue Gebiete und Länder auszudehnen. Doch mit Euch wissen wir, daß die Kriegstreiber und ihre Helfershelfer damit nur ihren eigenen Untergang beschleunigen. Die Mordbomben, die die amerikanischen Imperialisten auf Euer Land abgeworfen haben, werden sie vor der Niederlage nicht retten und Euren Sieg nicht verhindern können!

Es lebe die Demokratische Republik Vietnam!

Es lebe die internationale Solidarität aller gegen Imperialismus und Revisionismus kämpfenden Kräfte in der Welt!

Das Redaktionskollektiv der
"ROTEN FAHNE"

An das
Zentralkomitee der KPdSU
M o s k a u

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Werte Genossen!

Wir, das Redaktionskollektiv der "Roten Fahne", der Tribüne der Marxisten-Leninisten in der KPÖ, haben in diesen Tagen einen energischen Protest gegen die verbrecherischen Kriegshandlungen des US-Imperialismus gegen die Demokratische Republik Vietnam an die Vertretung der Regierung der USA gerichtet. Zugleich halten wir es aber auch für unbedingt erforderlich, Euch mitzuteilen, was uns in diesen Tagen alle zutiefst bewegt und erregt:

So unzweifelhaft die untilgbare Schuld der US-Imperialisten an den Mordbrennereien gegen nordvietnamesische Städte und Dörfer, ihre Hauptverantwortung an der Ausweitung des indochinesischen Krieges auf Nordvietnam und vielleicht auch auf andere Länder feststeht - so wenig kann man auch die Regierung der UdSSR von einer gewissen Mitverantwortung freisprechen.

Die fortgesetzte, aller Wahrheit und Vernunft krass widersprechende Verleumdungskampagne sowjetischer Zeitungen und Politiker gegen die Volksrepublik China, ihre sozialistische Regierung bzw. ihre Kommunistische Partei sei "kriegslüstern", wolle die "Revolution exportieren", erstrebe eine Ausweitung aller Konflikte, eine Verschärfung der internationalen Spannungen usw.;

die in letzter Zeit immer unmißverständlicheren Bemerkungen verantwortlicher sowjetischer Stellen, die UdSSR werde unter Umständen "nicht bereit" sein, die "Verantwortung" für die angeblichen "Folgen" der Politik der sozialistischen Länder in Asien, die gegen den Revisionismus auftreten, zu übernehmen, das heißt die Ankündigung der Sowjetregierung, sie werde sich an die militärischen Bündnisverträge mit den asiatischen Ländern des sozialistischen Lagers nicht unbedingt gebunden fühlen,

sowie überhaupt die gesamte revisionistische Außenpolitik der UdSSR seit

Chruschtschows Machtübernahme - eine Politik, die zwar nicht mit großen Worten spart, ihnen aber Kapitulationen folgen läßt, gestern nicht vor der Zustimmung zu amerikanischen "Inspektionen" auf kubanischem Boden zurückschreckte und heute die Bereitschaft zeigt, mit den Finanzieren Hitlers in Westdeutschland über die DDR zu "reden" -

ALLES DAS BEDEUTET NICHT NUR EINEN VERRAT AN DEN INTERESSEN DER NATIONALEN UNABHÄNGIGKEIT, DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, SONDERN KAM IM FALLE NORDVIETNAMS EINER DIREKTEN ERMUTIGUNG UND EINLADUNG DER AMERIKANISCHEN AGGRESSOREN, EINER FAKTISCHEN ERLEICHTERUNG UND UNTERSTÜTZUNG IHRER MORDVERBRECHEN GLEICH!

Wir können nicht umhin, die sowjetische Regierung und Parteiführung mit aller Eindringlichkeit vor der Fortsetzung einer so verheerenden Politik zu warnen! Weit entfernt, die internationale Lage zu entspannen und den Weltfrieden zu sichern, bedeutet sie einen Ansporn für die USA-Imperialisten, ihre Kriegsverbrechen auf immer neue Schauplätze zu erstrecken, ihre Begehrlichkeit zu steigern und damit die Gefahr eines neuen Weltkriegs immer mehr zu erhöhen. Es ist eine Politik, die schließlich und endlich dazu führen müßte, daß ein neuer Weltkrieg, der bei einer richtigen Politik vermieden werden kann, eines Tages unvermeidlich würde!

Wir ersuchen Euch dringend, diese unsere ernste Mahnung nicht leichtfertig zu übergehen. Auch wenn sie von einer gegenwärtig noch kleinen Gruppe kommt, ist es eine Mahnung von Kommunisten, die nicht nur in den vielen Jahren und Jahrzehnten ihrer bisherigen Tätigkeit in der kommunistischen Weltbewegung aufrichtige Freunde des sowjetischen Volkes und seiner sozialistischen Errungenschaften waren, sondern es auch in der heutigen, durch das Vordringen des modernen Revisionismus komplizierten Situation sind und bleiben.

Mit internationalistischen Grüßen
das Redaktionskollektiv der
"ROTEN FAHNE"



Bewaffnete Demonstration der chinesischen Volksmiliz gegen den amerikanischen Überfall auf Nordvietnam

DER PROTESTSTURM IN PEKING

Insgesamt 18 Millionen Menschen nahmen in der dem amerikanischen Überfall auf Nordvietnam folgenden Woche an den stürmischen Protestdemonstrationen des chinesischen Volkes gegen die US-Imperialisten teil. Allein am 10. August demonstrierten rund 7 Millionen Menschen in 40 Städten der chinesischen Volksrepublik. An einer im Rahmen dieser Protestwelle abgehaltenen Kundgebung im Pekingener Stadion nahm auch unser unlängst in China eingetroffener ständiger Korrespondent teil, dem wir in der Folge das Wort geben.

Peking, 10. August 1964

In diesen Hundstagen liegt unter den Einflüssen des Monsuns eine Schwüle über Peking, die am vergangenen Mittwoch vormittags plötzlich drückend zu werden anfang. Nicht so sehr aus klimatischen Ursachen. Es waren andere Umstände, die die Atmosphäre mit Spannung luden.

Zuerst waren es die Zeitungen, die nicht rechtzeitig erschienen, dann tauchten die ersten Gerüchte auf, und als die Zeitungen schließlich da waren, war es nicht einfach, eine von ihnen zu erhalten, da die Menschen sich in Schlangen danach anstellten.

Die Nachricht von dem kriegesischen Überfall, den die USA in der vorhergegangenen Nacht gegen Nordvietnam durchgeführt hatten, verbreitete sich wie ein Lauffeuer und löste eine unerhörte Erregung und Empörung aus. Noch am Vormittag kam es zu den ersten spontanen Demonstrationen gegen die USA. In den folgenden Tagen aber war Peking Schauplatz von Millionendemonstrationen, in denen die chinesische Bevölkerung ihrer brüderlichen Solidarität mit dem vietnamesischen Nachbarvolk im Kampf gegen den Imperialismus in einer Art Ausdruck gab, die alle Vorstellungen übertrifft.

Ich selbst hatte Gelegenheit, an einer Massenkundgebung teilzunehmen, die am Sonntag im von 100.000 Menschen gefüllten Pekingener Stadion stattfand. Für einen Österreicher ist eine politische Kundgebung, wie man sie in China veranstaltet, solange man das nicht mit eigenen Augen gesehen hat, einfach nicht vorstellbar:

Über der Stadt liegt eine dichte Wolkendecke, die jeden Moment die Schleusen eines strömenden Pekingener Regens öffnen kann, hin und wieder fallen auch schon vereinzelt Tropfen. Doch niemand achtet darauf. Das Stadion ist voll bis auf den letzten Platz und auch auf der Spielfläche sitzt dicht gedrängt eine zahllose Masse: in enger Reihe die Angehörigen der Volksmiliz, Männer und Frauen, jeder sein Gewehr zwischen den Beinen und das Maschinengewehr vor jeder Gruppe; dahinter Studenten aller Fachrichtungen, Arbeiter aus den Industriebetrieben, Organisationen der verschiedensten Art. Ein Sektor des Stadions ist besetzt mit Angehörigen der Volksbefreiungsarmee und einer Abteilung der Marine. Auch eine zufällig in Peking weilende Delegation aus Laos ist zugegen. Unzählige, in allen Farben gehaltene Transparente mit kämpferischen Parolen, Losungen der Freundschaft und Treue zu Vietnam, vor allem aber die Fahnen, die Massen roter

Fahnen, geben dem Bild eine erregende Schönheit. Fast alle Demonstranten tragen Fähnchen mit Parolen in den Händen und wenn sie sie rufend schwenken, rollt es wie eine mächtige Brandungswelle durch das riesige Oval.

Unter Stürmen des Beifalls zieht zuletzt eine starke Abordnung der vietnamesischen Volksarmee im Stadion ein. Nach Erscheinen des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Tschu En-lai, wird sodann die Kundgebung eröffnet.

Genosse Kuo Mo-jo, Präsident des chinesischen Komitees zur Verteidigung des Weltfriedens, ergreift als erster das Wort. Ihm folgen Genosse Liao Cheng-chih namens der Massenorganisationen, die diese Kundgebung einberufen haben, Botschafter Tran Tu Binh, der Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam, schließlich Sprecher der Arbeiterschaft, der demokratischen Organisationen, der Volksmiliz, der Studenten und der Volksbefreiungsarmee.

Der Grundtenor, der allen ihren Reden gemeinsam ist, entspricht dem, was die Parolen zahlloser Transparente in riesigen Zeichen verkünden:

Unverrückbar steht das chinesische Volk an der Seite seiner vietnamesischen Brüder! Wir warnen die US-Imperialisten! Das Volk von China betrachtet den Angriff gegen Nordvietnam als Angriff gegen sich selbst! Es wird die notwendige Antwort erteilen!

Genosse Liao Cheng-chih richtet an die Adresse der amerikanischen Imperialisten die ernstesten Worte: "Wir müssen die USA-Aggressoren warnen. Nachdem Ihr das Kapitalverbrechen der Aggression begangen habt, müßt Ihr darauf vorbereitet sein, die gebührende Strafe zu empfangen. Es ist nicht möglich, daß Ihr durch einen Glücksfall darum herumkommt. Die USA-Imperialisten sollten wissen, daß die chinesische Regierung und das chinesische Volk immer das meinen, was sie sagen!"

Es wäre für jene, die schlaugenug zu sein glauben, um ungestraft mit dem Feuer spielen zu dürfen, sehr lehrreich gewesen, diese Kundgebung im Pekingener Stadion zu erleben. Vielleicht wäre ihnen angesichts dieser eindrucksvollen Demonstration der ganze Ernst der Worte aufgedämmert, die Liao Cheng-chih an sie richtete:

"Wenn Ihr Euch dickköpfig weigert, umzukehren und darauf besteht, rücksichtslose Handlungen zu setzen, so werdet Ihr Euern Schädel an einer Granitmauer zerschmettern und in einer völligen Niederlage enden!"

"DAS SOZIALISTISCHE ALBANIEN HEUTE"

Zu diesem Thema spricht der Herausgeber der "Roten Fahne", Franz STROBL, am Samstag, den 12. September 1964 um 15,00 Uhr im Saal der Gastwirtschaft Josef Lembacher, Wien 15, Johnstraße 28, Ecke Jadengasse (Straßenbahnlinie 52).

Interessenten werden gebeten, sich zwecks Zusendung der erforderlichen Einladung an die Redaktion zu wenden (Tel. 92-10-672).

Wozu dient die Parole "Mitbestimmung"?

Mit diesem Beitrag setzen wir die Diskussion über die Parole der Reformisten und der Revisionisten von der "Mitbestimmung" der Arbeiterschaft in Betrieb und Wirtschaft fort (siehe "Rote Fahne" vom 1.1.1964: "Echter Klassenkampf oder faule 'Mitbestimmung'"; vom 1.2.1964: "Mitspracherecht oder Abwälzen der Verantwortung für unsoziale Maßnahmen?"; vom 15.4.1964: "Über die 'Mitbestimmung'", sowie vom 1.5.1964: "Noch einmal: Zum Mitbestimmungsrecht").

"Warum wird jetzt die Frage der Mitbestimmung von der SPÖ- und ÖGB-Führung propagandistisch in den Vordergrund gerückt?", fragt Genosse Fritz NEUBAUER und gibt darauf zur Antwort:

"1962 und 1963 wurde es auch vielen Sozialisten klar, daß die Paritätische Lohn- und Preiskommission wohl als Lohnbremse wirksam, aber gegen die ständigen Preissteigerungen wirkungslos war. Die Unruhe über dieses Versagen der Paritätischen war in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen so groß, daß zahlreiche Protestbeschlüsse gegen die Paritätische gefaßt wurden... Darüber hinaus kam die Sozialgesetzgebung in den letzten Jahren fast zum Stillstand. Der Widerstand der Unternehmer versteifte sich, ja sie gingen in einer Reihe von Betrieben dazu über, Sozialleistungen abzubauen. Was lag in einer solchen Situation näher, als eine Agitationslosung unter die Arbeiter und Angestellten zu tragen, die...so wenig konkret ist, daß sich die Wenigsten darunter etwas Bestimmtes vorstellen! Die geeignete Losung dazu war die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft. Mit dieser Losung gelang es der ÖGB-Führung, den Widerstand gegen die Paritätische zu brechen." ("die arbeit", Nr.5/1964)

Getreu ihrer opportunistischen "Schwanzpolitik" (ein Ausdruck Lenins) beeilten sich die Revisionisten in der Führung der KPÖ, diese heuchlerische Losung unter den Kommunisten zu propagieren. Im Dezember 1963 faßte das Polbüro der Partei einen speziellen Beschluß, in welchem das "Mitbestimmungsrecht der Arbeiter" in den verstaatlichten Betrieben gefordert wird. Als bald setzten sich die Eintreiber der revisionistischen Politik in Trab, um die Funktionäre und Betriebsräte der Gewerkschaftlichen Einheit für die Propagierung dieser Losung zu mobilisieren. Zu ihrer unangenehmen Überraschung - und zu unserer Freude - hatten sie es damit aber keineswegs leicht; denn die große Mehrheit der Parteimitglieder hat ihr proletarisches Klassenbewußtsein noch nicht eingebüßt und ist überdies angesichts der immer deutlicheren Tendenz der Parteiführung zur faktischen Liquidierung der KPÖ und deren Verwandlung in eine sozialdemokratische Partei hellhörig geworden.

Der Widerstand gegen diese Tendenz ist so groß, daß im Februar eine besondere Tagung der Gewerkschaftlichen Einheit einberufen wurde, um unsere Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, die so manche Klassenkämpfe und revolutionären Stürme hinter sich haben und noch mit der Arbeiterschaft verbunden sind, "auszurichten". Der Widerstand ist so ernst, daß er sogar in der zensurierten Wiedergabe der auf dieser Tagung abgehaltenen Diskussion durch "die arbeit" zum Ausdruck kommt.

"Verschiedentlich wird erklärt, daß unter den gegebenen Umständen die Forderung nach einem Mitbestimmungsrecht einer leeren Phrasendrescherei gleichkommt", teilte Genosse RESCH auf der Tagung mit ("die arbeit" Nr.5/64). Das ist aber noch der schwächste der Einwände, die "unten" erhoben werden und von denen die Diskussions- teilnehmer berichteten. "Solange wir das Mitbestimmungsrecht nur als Schlagwort verwendeten", meine Genosse LAUB, "gab es keine Problematik". Die "große Gefahr" zeige sich erst, wenn "man...beginnt, offensiv und konkret Politik damit zu machen". Denn "viele Funktionäre haben Bedenken, daß wir zur 'Sozialpartnerschaft' abgleiten, daß wir hinter der SPÖ hertrotten und uns nicht mehr von ihr unterscheiden werden" ("die arbeit" Nr.7/8,1964). Noch eindringlicher warnte Genosse BRTNA:

"Gerade bei dem Schlagwort 'Mitbestimmung' ist besondere Vorsicht geboten, weil sie (soll heißen: es, Anmkg.) der Absicht der SPÖ-Führung entgegenkommt, die Arbeiterschaft durch diese scheinradikale Lösung für ihre Politik der Zusammenarbeit der 'Wirtschafts- und Sozialpartner' bereit zu machen. Wenn nun die SPÖ-Führung die Möglichkeit bekommt, in ihrer Argumentation darauf hinzuweisen, daß auch die Gewerkschaftliche Einheit und die Kommunisten diese Lösung für richtig halten, so hilft das nur, bewußt oder unbewußt, die Arbeiter und Angestellten zu desorientieren. Es liegt der Schluß nahe, daß die Arbeiterschaft annimmt, die große SPÖ und die einflußreiche Gewerkschaftsführung werde eher imstande sein, diese als richtig gestempelte Lösung durchzusetzen als wir" ("die arbeit" Nr.6/64).

Polbüro-Mitglied KODICEK, der auf der Tagung in Mauerbach das einleitende Referat hielt, wollte den berechtigten Sorgen und Einwänden der kommunistischen Arbeiter und ihrer Funktionäre damit begegnen, daß er die "Mitbestimmung" nach "unserer Auffassung" und die "Sozialpartnerschaft" der SPÖ als einander ausschließende Gegensätze hinstellte:

"Die 'Mitbestimmung', wie sie von den Gewerkschaftsführern praktiziert wird, hat mit einer wirklichen Mitbestimmung nicht das geringste zu tun", sagte er. "Sie soll der Arbeiterschaft die Illusion geben, als Sozialpartner 'gleichberechtigt' zu sein, und darüber hinwegtäuschen, daß der Unternehmer nach wie vor 'Herr im Haus' ist und faktisch allein bestimmt."

Mit der "Mitbestimmung" nach revisionistischer Auffassung verhalte es sich aber angeblich ganz anders: "Mitbestimmung heißt nach unserer Meinung, den absoluten Herrschaftsanspruch des Großkapitals und die Machtwillkür der Konzerne durch weiteste Einflußnahme der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, auf dem Gebiet der Wirtschaft eine wirkliche Demokratisierung durchzuführen." ("die arbeit" Nr.4/64).

Ja, so fragt man sich da unwillkürlich, steht es denn nicht beinahe genau so auch im Programm der SPÖ? Schrei-



Auch telefonisch ist die
"ROTE FAHNE"
leicht erreichbar!
Unsere Nummer ist
92-10-672

ben die SP-Zeitungen und reden die SP-Führer nicht praktisch das gleiche? Beruft sich nicht Kodicek selbst auf ähnlich lautende Forderungen des von den Rechtssozialisten beherrschten ÖGB? Wo ist da der Unterschied?

Kodicek könnte nun sagen: Jawohl, die rechten SP-Führer reden mehr oder weniger das gleiche, aber sie handeln im Widerspruch zu ihren Worten. Sie sitzen zwar überall - von der Regierung bis zu allen möglichen Ausschüssen und Beiräten - mit den Kapitalisten bzw. deren Vertretern paritätisch zusammen; was aber herauskommt, ist allein eine Entscheidung zugunsten der Kapitalisten - mit den Stimmen der SP. Sie sind zwar "Partner" der Kapitalisten, aber nur deren Wille geschieht - mit Zustimmung der SP. Die "Mitbestimmung" der SPÖ ist also ein Betrug an den Arbeitern, ihre Demagogie dient nur dazu, die Macht des Kapitals zu erhalten und zu festigen. - Das könnte Kodicek sagen, wenn er die Wahrheit sagen wollte.

Kodicek könnte weiters sagen: Wir wollen die Arbeiter nicht betrügen, wollen nicht das Kapital schützen und stärken. Bei uns gehen Worte und Taten nicht auseinander. Wir meinen es ernst mit unseren Forderungen. Die Mitbestimmung nach unserer Auffassung bezweckt tatsächlich, "die wirtschaftliche Macht des Kapitals einzuengen" (Laub a.a.O.), "die Kapitalisten nicht unkontrolliert und selbstherrlich wirtschaften zu lassen" (Zickler, "die arbeit" Nr.5/64). Dafür kämpfen wir bis zur letzten Konsequenz. - Das könnte Kodicek sagen, wenn er nicht die gleiche Demagogie triebe wie die rechten SP-Führer.

Kodicek hat das alles nicht gesagt. Was er statt dessen gesagt hat, davon wird weiter unten die Rede sein. Doch nehmen wir einmal an, er wäre ein aufrichtiger Arbeitervertreter und triebe keine Demagogie. Was muß sich dann logischerweise aus seiner Auffassung von "Mitbestimmung" ergeben?



KODICEK sagt, die Arbeiterschaft müsse "als Voraussetzung für eine spätere wirksame Mitbestimmung" eine "Einsichtnahme und Kontrolle" fordern, sie solle auf ein "echtes Kontroll- und Einspruchsrecht... in den Fragen der Wirtschafts- und Investitionspolitik" bestehen. Was bedeutet das? Es bedeutet vor allen Dingen eine "Einsicht in Betriebsgebarung und -politik" (BINDER, "die arbeit" Nr.6/64), es bedeutet ein "Hineinleuchten in das Gestrüpp der kapitalistischen Geheimpolitik (Steuergeheimnis, Bankgeheimnis, Betriebsgeheimnis usw.)" (BRTNA). Denn "das erste Erfordernis, um überhaupt in der Lage zu sein, mitzubestimmen, ist, daß...den Betriebsräten dieselben Unterlagen und Möglichkeiten zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen, wie der Direktion" (NEUBAUER).

In der Tat ist die "Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses" das "erste Gebot einer wirklichen Kontrolle", sagte Lenin ("Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll"). Doch fügte er hinzu: "Gerade hier ist die empfindlichste Stelle des Kapitals...". Und das ist der springende Punkt! Nicht einmal ihrem eigenen Staat, ihren eigenen Aktionären geben die Kapitalisten Geschäftsgeheim-

nisse preis, verraten sie die wirkliche Höhe ihrer Profite, decken sie die schmutzigen Quellen ihrer unaufhörlichen Bereicherung auf. Deswegen ist jede ernsthafte Kontrolle ein für die Kapitalisten naturnotwendigerweise unerträglicher Eingriff in ihr geheiligtes Privateigentumsrecht, ein Eingriff, dem sie sich mit aller Kraft und erforderlichenfalls mit den äußersten Mitteln widersetzen!

Auf einem Anfang Juli von der Arbeiterkammer und dem ÖGB in der Grazer Otto-Möbes-Schule veranstalteten Seminar über das Mitbestimmungsrecht (an dem bezeichnenderweise neben SP-Funktionären und österreichischen Revisionisten auch jugoslawische Titoisten, katholische Pfaffen und - Unternehmervvertreter teilnahmen!) erklärte Dr.KOTTULINSKY vom Industriellenverband, die "Arbeitnehmer" seien zwar berechtigt, "mitzuwissen und mitzudenken", doch "die spontanen, selbsttätigen Ordnungskräfte der Wirtschaft dürfen nicht eingeeengt, gehemmt werden". Ohne daß Dr.Kottulinsky dies etwa ausdrücklich betont hätte, "wußte jeder einzelne Betriebsrat in der Otto-Möbes-Schule: Die Unternehmer werden sich dagegen wehren, daß der Kapitalismus durch die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes eine Zwangsjacke erhält" (Volksstimme", 10.7.1964). Daß die "Ordnungskräfte der Wirtschaft" nicht gestört werden, dafür sorgen eben schon die "Ordnungskräfte" des kapitalistischen Staates! Damit die Arbeiter eine wirkliche Kontrolle ausüben können, müssen daher alle Machtmittel des Staates gegen die Kapitalisten eingesetzt werden, statt zu deren Schutz."Denn ohne wahrhaft revolutionäre Maßnahmen, ohne den ernstlichsten Zwang werden sich die Kapitalisten keiner Kontrolle unterwerfen..." (L e n i n a.a.O.).

Das galt für das revolutionäre Rußland vom September 1917. Wer könnte demnach heute bei uns in Österreich, wo es alles eher denn eine revolutionäre Situation gibt, wo sich, wie sogar Kodicek zugibt, seit 1945 "das Kräfteverhältnis...zugunsten des Kapitals verändert" hat, ehrlich daran glauben, daß wir auch nur einen einzigen winzigen Schritt zur "Einschränkung der Macht des Kapitals" tun könnten, ohne auf dessen heftigste Gegenwehr - auch mit den Mitteln der Brachialgewalt - zu stoßen? Genosse RESCH sagte in der Diskussion, daß "in der gegebenen Gesellschaftsordnung die Mitbestimmung der Arbeiterklasse im Produktionsgeschehen nur eine beschränkte sein kann", denn "schließlich hat die andere Seite (d.h. die Kapitalisten - K.W.) alle Positionen in der Hand"; jedoch selbst ein so bescheidenes "Mitbestimmungsrecht", bei dem "die Konzessionen, welche die Kapitalisten der Arbeiterschaft zugestehen, sehr minimal sind", durchzusetzen, sei "eine Frage des Kampfes der Arbeiterschaft" ("die arbeit", Nr.5/64). Geht es aber "darum, unmittelbaren Einfluß auf die Produktion im Betrieb und in der Wirtschaft zu bekommen", so ist das sogar "eine Frage des schärfsten Klassenkampfes" (LAUB, a.a.O.). Wenn schließlich der Kampf um das Mitbestimmungsrecht Kodicek zufolge dazu beitragen solle, "eine Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse herbeizuführen", dann müssen, wie Genosse NEUBAUER betonte, die Arbeiter und Angestellten bereit sein, "einen konsequenten Klassenkampf gegen die Klasse der Besitzer der Produktionsmittel und ihre Helfer zu führen".

Diese Konsequenz, zu der schon die ersten Schritte in der Richtung auf eine "Mitbestimmung", wie sie die Revisionisten als "möglich" hinstellen, führen müssen, brachte Fritz BINDER, der auf der Tagung in Mauerbach mit Vehemenz den extremsten Revisionismus vertrat, in Harnisch. "Im diesbezüglichen Wörterbuch(!)", sagte er, "heißt es nämlich: 'konsequenter Klassenkampf = bis zur Erringung der Diktatur des Proletariats im Bündnis mit der armen Bauernschaft'." ("die arbeit" Nr.6/64). Horribile dictu! - es ist schrecklich, so etwas auch nur auszusprechen! Doch mutig tat er es. Mit spitzen Fingern hielt Binder den Begriff wie ein giftiges Reptil aus grauer Vorzeit hoch und manche Anwesende bekamen eine Gänsehaut. Gilt doch heute wie vor 47 Jahren:

"Die der Bourgeoisie gegenüber so dienstbeflissenen Pseudomarxisten... begreifen nicht (wenn man die theoretischen Grundlagen ihrer Auffassung betrachtet), was Imperialismus ist, was kapitalistische Monopole sind, was der Staat ist", sagte L e n i n. „Denn wer das begriffen hat, wird zugeben müssen, daß man nicht vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten", dessen unerläßliche Voraussetzung selbstverständlich die revolutionäre Umwandlung des Staates in "die bewaffnete Organisation der Bevölkerung, in erster Linie der Arbeiter und Bauern" ist. (Lenin a.O.)

Nimmt man also an, wie wir zur Klärung des Sachverhaltes unterstellt haben, daß es Kodicek mit seiner Auffassung von der "Mitbestimmung" ehrlich und ernst meint, dann kommt man unweigerlich zum logischen Schluß: Kampf - schärfster Klassenkampf - konsequenter Klassenkampf bis zur Diktatur des Proletariats - Schreiten zum Sozialismus.

Gustav ZICKLER, Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, spürte das drohende Unheil. Er sagte deshalb, die Forderung Kodiceks nach "Einsichtnahme und Kontrolle" sei kein Weg zur "Mitbestimmung"; denn Mitbestimmen bedeute, "in etwas Bestehendes einzugreifen, es im Zusammenwirken mit anderen (so nennen nun einmal schamhaft die Revisionisten den "Sozialpartner"!-K.W.) zu verändern. Das kann sich natürlich nur auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung abspielen." ("die arbeit" Nr.5/64).

Wie soll sich das alles nun "abspielen"? Darüber belehrt uns "Weg und Ziel" (Nr.6/64, S.391): Wir müssen "positive Vorschläge" machen, "Vorschläge zur Durchführung der Mitbestimmung im Betrieb, zum Ausbau und zur Sicherung der verstaatlichten Industrie, zur Durchführung langfristiger Wirtschaftspläne..." usw. Diese "positiven Vorschläge" machen wir freilich - wohlgemerkt! -, "ohne unsere Gedanken den anderen (eh' schon wissen...-K.W.) aufzwingen zu wollen". Gut gebrüllt, Löwy! Nun ist also heraus, daß auch nach der Verwirklichung des revisionistischen Konzepts die Arbeiter wohl reden, Vorschläge machen (positive, versteht sich!), aber nichts entscheiden dürfen! Wenn man der revolutionären Gewalt ein für allemal abgeschworen hat und daher Zwangsmaßnahmen gegen die Unternehmer ablehnt, bleiben diese zwangsläufig nach wie vor "Herr im Haus". Und der ganze Phrasenschwall Kodiceks über "weiteste Einflußnahme der Arbeiter und Angestellten", damit "die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft so weit als möglich überwunden, die Fehlorientierung der Wirtschaftspolitik und Fehlinvestitionen vermieden werden"

usw.usf. ist nur ein Nebelschwaden, der verhüllen soll, daß die "Mitbestimmung" nach "unserer Auffassung" haargenau dasselbe ist wie die "Sozialpartnerschaft" der SPÖ, gegen die Kodicek zu polemisieren vorgibt.

Damit ist vollends klar, warum Kodicek den Klassenverrat der SP-Führung nicht anprangert, sondern verschweigt bzw. vertuscht. Zwischen Rechtssozialisten und Revisionisten gibt es keine prinzipiellen Unterschiede. Wenn Kodicek von Meinungsverschiedenheiten spricht über die Methode, "wie man die Mitbestimmung im Kapitalismus durchsetzen kann", wenn er den ÖGB-Führern vorwirft, "bisher kein zusammenhängendes konkretes Konzept darüber vorgelegt" zu haben, so ist das bloß Augenauswischerei. Methode und Konzept der modernen Revisionisten laufen auf dasselbe hinaus, was die alten Reformisten seit eh und je tun und was die Marxisten-Leninisten seit eh und je bekämpfen: auf den Ersatz des Klassenkampfes der Arbeiter durch die Klassenzusammenarbeit mit dem "Sozialpartner" (oder das "Zusammenwirken mit den anderen", wie das bei unseren Revisionisten so schön heißt).



Der tägliche Klassenkampf der Arbeiter auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene ist die einzig reale Form einer Mitbestimmung des Proletariats in der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Höhe der Löhne, der Umfang der Sozialleistungen, das Ausmaß gewerkschaftlicher Rechte - all das wird in der Tat durch den tagtäglichen Kampf der Arbeiterklasse praktisch "mitbestimmt". - Davon ist auf der Tagung in Mauerbach sehr viel die Rede gewesen, jedoch nur, um den Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiterschaft als etwas Nebensächliches, eigentlich der Vergangenheit Zugehöriges geringschätzig abzutun und ihm die Illusion einer "Mitbestimmung" (lies: "Sozialpartnerschaft") als erstrebenswertes und erreichbares Kampfziel demagogisch gegenüberzustellen.

"Tatsächlich haben wir schon eine Menge Mitbestimmungsrechte!", rief in der Diskussion Genosse FLANNER unter Hinweis auf die sozial- und lohnrechtlichen Errungenschaften aus. "Doch wird der Kapitalismus dadurch schwächer? Wird die Macht der Monopole dadurch eingeschränkt? Nein." Dagegen sei der "Kampf um die Mitbestimmung" ein "Mittel", um zur "Änderung der herrschenden Gesellschaftsordnung" (auf "friedlichem Wege") zu gelangen ("die arbeit", Nr. 7/8, 64). Auch Zickler sagte, daß jeder Kampfserfolg der Arbeiter - wie "gewisse zwingende Vorschriften in bezug auf Gesundheitsmaßnahmen, Arbeitszeit, Urlaub usw." - schon "ein Stück Mitbestimmung" sei. "Bei aller gebührenden Würdigung (!) dieser Umstände", fügte er hinzu, "sind die Kapitalisten jedoch nicht ernsthaft zu treffen, wenn sich die Mitbestimmung nicht auch auf das Gebiet der Produktion erstreckt." In den Augen von BINDER ist der tägliche Klassenkampf der Arbeiter, weil "rein gewerkschaftlicher Natur", geradezu etwas Negatives. Heute, so erklärte er, sei nämlich "die Möglichkeit, wirtschaftliche Probleme im Sinne einer positiven Entwicklung zu lösen", schon "fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden".

Die Parole von der "Mitbestimmung" ist also, wie man sieht, zunächst einmal nichts anderes als ein "Versuch, die Arbeiter und Angestellten vom Klassenkampf abzulenken und Illusionen über die Möglichkeiten im Kapitalismus zu schaffen" (Neubauer). Sie führt aber noch weiter!

"Wie weit soll nun die Mitbestimmung bei uns gehen?", fragte ZICKLER und gab folgende bemerkenswerte Antwort:

"Wenn zum Beispiel erreicht wird, daß Aufnahmen und Kündigungen von Arbeitnehmern nur mehr mit Zustimmung des Betriebsrates durchgeführt werden können, dann wird der Betriebsrat in verschiedenen Fällen in die unangenehme Situation kommen, bei Kündigungen auch zustimmen zu müssen. Es ist einfach eine Versimpelung und unernst, wollte man behaupten, daß die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes gewissermaßen unabhängig von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung jeden Arbeitsplatz unter Denkmalschutz (!) stellt."

Solche "unangenehmen Dinge", die uns die "Mitbestimmung" der Revisionisten zu beschern verspricht, seien "zum Teil bedingt durch Strukturreformen, die wir selbst verlangen und befürworten". Das alles sei jedoch durchaus "kein Argument gegen die Mitbestimmung, sondern nur gegen die Scheuklappen"! Ist aber denn unter diesen Umständen "die Scheu vor der aus der Mitbestimmung erwachsenden Mitverantwortung", die - wie Genossin FIALKA ("die arbeit" Nr.6/64) festgestellt hat - "die meisten Betriebsräte" bekunden, nicht allzu begreiflich? Wenn "dann der Betriebsrat auch mit die volle Verantwortung trägt", fragt Genosse NEUBAUER, "wäre das nicht die vollendete Form der Sozial- oder - wenn man will - Wirtschaftspartnerschaft?" ("die arbeit", Nr.5/64). Und bedeutet das nicht, "daß auf Betriebsebene nur ein Herumdoktern in der Richtung einer mehr oder weniger guten kapitalistischen Leitung des jeweiligen Betriebes herauskäme"? (Zitiert bei BRTNA, "die arbeit", Nr.6/64, S.16).

Genossin FIALKA, die zwar die heuchlerische Losung von der "Mitbestimmung" unterstützt, aber immerhin ganz gut weiß, was ihre Textilarbeiter, die zu den schlechtestbezahlten Arbeitern Österreichs gehören, fühlen und denken, stellt daher richtig fest, daß "der Widerwille gegen diese Art der Mitverantwortung durchaus guten Klassenmotiven entspringt". Schließlich ist das doch keine Zukunfts(trauer)musik, sondern die heutige Praxis vieler Betriebsräte, darunter leider auch solcher, die auf Listen der Gewerkschaftlichen Einheit gewählt wurden.

Die "Rote Fahne" (vom 15.12.1963) hat in dem Artikel "Der Revisionismus - katastrophal für die Betriebsarbeit" detailliert nachgewiesen, daß schon jetzt in vielen Fällen kommunistische Betriebsräte von der revisionistischen Parteiführung praktisch zum Verrat an elementarsten Arbeiterinteressen verführt werden...

Mit der Parole von der "Mitbestimmung" will man also weiters erreichen, daß subjektiv ehrliche Arbeiterfunktionäre "als Vorspann für kapitalistische Profitinteressen mißbraucht" (Fialka) werden können.

Sabotage des täglichen Klassenkampfes und Verwandlung gewählter Arbeitervertreter in faktische Kapitalistenknechte - das ist, objektiv gesehen, der Zweck, dem die Parole von der "Mitbestimmung" in Wahrheit dient.

K.W.

Zehn Millionen Schilling für einen neuen Kirchenstempel

WIEN (apa). Der Vertrag zwischen dem Vatikan und der Republik Österreich über die Erhebung der Apostolischen Administratur Innsbruck-Feldkirch zur Diözese wurde am Dienstag im Außenministerium vom Apostolischen Nuntius, Erzbischof Rossi, sowie von den Ministern Kreisky und Piffl unterzeichnet.

Außenminister Kreisky bezeichnete es als erfreulich, daß es wieder gelungen sei, im besten Einvernehmen einen Vertrag mit dem Heiligen Stuhl zu unterzeichnen.

Der Vertrag sieht vor, die Administratur Innsbruck-Feldkirch in ein Bistum zu verwandeln, wobei für Vorarlberg das eigene Generalvikariat mit dem Sitz in Feldkirch erhalten bleibt. Österreich stellt zur Bestreitung der Unkosten zehn Millionen Schilling zur Verfügung.

Die nebenstehende Mitteilung der APA vom 7. Juli ist von der Öffentlichkeit wenig beachtet worden. Zu Unrecht. Sie ist ein neues krasses Beispiel, wofür die österreichische Regierungskoalition Geld wie Mist hat, während sie über unerträgliche soziale Lasten, Defizit usw. jammert.

Worum handelt es sich? Offiziell um "das vierte Vertragswerk des Konkordates gemäß § 2 Art. III vom 5. VI. 1933". Einfacher gesagt, um ein der katholischen Kirche unter einem lächerlichen Vorwand zugeschanztes Millionengeschenk, welches das österreichische Volk - Katholiken, Andersgläubige und

Religionslose - zu bezahlen haben.

Des neuen Vertrags Artikel I, II und III sind einfach Abschriften des Konkordates und besagen, daß sich in der Apostolischen Administratur Innsbruck-Feldkirch absolut nichts gegenüber dem ändert, was schon seit Juni 1933 vertraglich besteht. Längst hat das Gebiet zwei Bischöfe mit Diözesanrechten, den Paul Rusch für Innsbruck, und seinen Generalvikar für Vorarlberg, Wächner, der den monarchistischen Ehrgeiz hatte, als Vertreter des heimatischen Episkopats den "Thronfolger" des "Thronfolgers" Otto in Pöcking am Starnbergersee für den habsburgischen Kaiserthron in der Wiener Hofburg zu taufen, sollte es eines Tages wieder einmal so weit sein. - Das, was in der Kirchenadministratur Innsbruck-Feldkirch also schon besteht, soll nun weiter so bleiben - aber den vornehmeren Namen eines Bistums erhalten, wobei Artikel IV - des Pudels Kern - die Frage regelt, wer die "entstehenden Unkosten" bezahlen soll und schlicht beantwortet: der österreichische Staat mit der runden Summe von 10 Millionen Schilling!

Die paar Visitenkarten, welche der Rusch, nachdem er seit einiger Zeit nicht mehr in Heilanstalten hospitalisiert zu werden braucht, nun mit dem Zusatz versehen lassen wird, daß er nicht nur Bischof, sondern sogar Bischof eines Bistums ist, die neuen Briefköpfe und der neue Kirchenstempel - die 10 Millionen werden hoffentlich zu ihrer Anschaffung reichen. Wenn nicht, so wird der von SP-Kreisky und VP-Piffl vertretene österreichische Staat schon wieder mit sich reden lassen. Der österreichische Steuerzahler wird es dann hinterher in der Zeitung lesen, oder auch nicht.

Übrigens: Zehn Millionen Schilling gegen eine Visitenkarte vom Rusch gewettet, daß der so "kritische" österreichische Rechnungshof an der Angelegenheit nicht das leiseste auszusetzen haben wird! Aber warum konnte sich die "Volksstimme" bisher nicht einmal zu einer Nachricht, geschweige denn zu einer Kritik daran aufrufen? Hat sich der Rusch etwa für den Weltfrieden erklärt?

E.

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

DIE NEUE GRETCHEN-FRAGE

Wir veröffentlichen nachstehenden Auszug aus einem Briefwechsel zwischen dem Chef der Hausverwaltung des ZK der KPÖ, Rudolf SCHÖBER, der nebenbei auch Gebietsobmann in Floridsdorf ist, und einer Floridsdorfer Genossin, die nach vor längerer Zeit erfolgtem Austritt aus der als verbürgerlicht durchschauten SPÖ nun in die KPÖ eintreten wollte und einen diesbezüglichen Aufnahmeantrag unterschrieb. Vor kurzem bekam sie nun folgenden Brief:

Werte Genossen !

In der letzten Leitungssitzung unserer Grundorganisation haben wir auch Frage des Beitrittes der Genossin Litschauer zu unserer Partei besprochen/Laut Statut unserer Partei müssen Neubetriebe erst in der Grundorganisation besprochen werden./

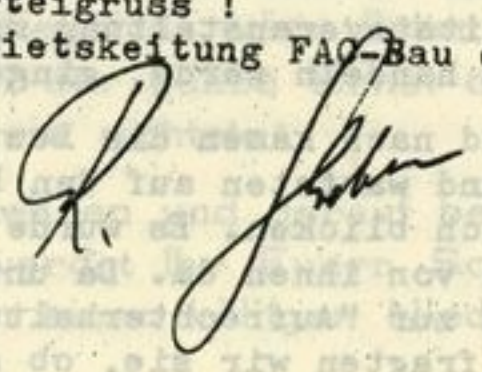
Die Genossin Schreiber und ich wurden beauftragt, bevor wir der BL die Beitrittserklärung übergeben, mit der Genossin Litschauer einige Fragen zu klären. Da Ihr aber in Urlaub seit und wir nicht wissen wann Ihr zurück kommt. Wir aber auch in den nächsten Wochen in Urlaub gehen, glauben wir ist es besser, erstmal die Fragen welche wir als wichtig halten, gleich mal schriftlich mitzuteilen, so das wir Ende August, wenn wir vom Urlaub zurück kommen, gleich klarer und konkreter alles besprechen können.

Uns geht es um die Klarstellung:

Ist die Genossin Litschauer mit den Grundprinzipien wie sie im Statut unserer Partei festgehalten werden voll einverstanden oder nicht?? Die Anerkennung dieser unserer Statuten ist eine Grundvoraussetzung für die Aufnahme in die Partei. Unsere Partei wird sich niemals abfinden mit einer fraktionistischen Tätigkeit, egal vom wem aus diese kommen wird. Die Tätigkeit welche heute Strobl und seine Freunde entfaltet, führt für alle die im Unterstützen zum Ausschluss aus der Partei!! Wir wissen von Genossen, das die Genossin Litschauer auch diesen fraktionistischen Standpunkt gutgeheissen hat. Wenn dies noch immer der Fall ist, unsere persönliche Aussprache soll ja vor allen diese Frage klarstellen!!!/so ist es klar, das wir die Aufnahme in die Partei nicht beantragen werden.

Mit Parteigruss !

f.d. Gebietsleitung FAC-Bau der KPÖ



In begreiflicher Entrüstung hat
Genossin Litschauer geantwortet:

Hertha Litschauer
Wien XXI., Freytaggasse 6/3

An die Gebietsleitung FAC-Bau der KPÖ
z.Hd. Herrn Rudolf Schöber

Die Tatsache, daß Ihr im Zusammenhang mit meiner Aufnahme in die Partei Bedingungen stellt, darunter auch über die Personen, mit denen ich sympathisiere, ist empörend.

Ihr habt in Eurem Brief die Frage nach den Statuten der Partei gestellt, merkwürdigerweise fragt Ihr aber nicht, wie ich zu den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus stehe. Deswegen möchte ich folgendes klarstellen:

Fahnen, geben dem Bild eine erregende Schönheit. Fast alle Demonstranten tragen Fähnchen mit Parolen in den Händen und wenn sie sie rufend schwenken, rollt es wie eine mächtige Brandungswelle durch das riesige Oval.

Unter Stürmen des Beifalls zieht zuletzt eine starke Abordnung der vietnamesischen Volksarmee im Stadion ein. Nach Erscheinen des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Tschu En-lai, wird sodann die Kundgebung eröffnet.

Genosse Kuo Mo-jo, Präsident des chinesischen Komitees zur Verteidigung des Weltfriedens, ergreift als erster das Wort. Ihm folgen Genosse Liao Cheng-chih namens der Massenorganisationen, die diese Kundgebung einberufen haben, Botschafter Tran Tu Binh, der Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam, schließlich Sprecher der Arbeiterschaft, der demokratischen Organisationen, der Volksmiliz, der Studenten und der Volksbefreiungsarmee.

Der Grundtenor, der allen ihren Reden gemeinsam ist, entspricht dem, was die Parolen zahlloser Transparente in riesigen Zeichen verkünden:

Unverrückbar steht das chinesische Volk an der Seite seiner vietnamesischen Brüder! Wir warnen die US-Imperialisten! Das Volk von China betrachtet den Angriff gegen Nordvietnam als Angriff gegen sich selbst! Es wird die notwendige Antwort erteilen!

Genosse Liao Cheng-chih richtet an die Adresse der amerikanischen Imperialisten die ernstesten Worte: "Wir müssen die USA-Aggressoren warnen. Nachdem Ihr das Kapitalverbrechen der Aggression begangen habt, müßt Ihr darauf vorbereitet sein, die gebührende Strafe zu empfangen. Es ist nicht möglich, daß Ihr durch einen Glücksfall darum herumkommt. Die USA-Imperialisten sollten wissen, daß die chinesische Regierung und das chinesische Volk immer das meinen, was sie sagen!"

Es wäre für jene, die schlaue genug zu sein glauben, um ungestraft mit dem Feuer spielen zu dürfen, sehr lehrreich gewesen, diese Kundgebung im Pekingener Stadion zu erleben. Vielleicht wäre ihnen angesichts dieser eindrucksvollen Demonstration der ganze Ernst der Worte aufgedämmert, die Liao Cheng-chih an sie richtete:

"Wenn Ihr Euch dickköpfig weigert, umzukehren und darauf besteht, rücksichtslose Handlungen zu setzen, so werdet Ihr Euern Schädel an einer Granitmauer zerschmettern und in einer völligen Niederlage enden!"

"DAS SOZIALISTISCHE ALBANIEN HEUTE"

Zu diesem Thema spricht der Herausgeber der "Roten Fahne", Franz STROBL, am Samstag, den 12. September 1964 um 15,00 Uhr im Saal der Gastwirtschaft Josef Lembacher, Wien 15, Johnstraße 28, Ecke Jadengasse (Straßenbahnlinie 52).

Interessenten werden gebeten, sich zwecks Zusendung der erforderlichen Einladung an die Redaktion zu wenden (Tel. 92-10-672).

DAS REDAKTIONSKOLLEKTIV TEILT MIT, daß Genosse Hubert Hrach mit sofortiger Wirkung in die Redaktion der "Roten Fahne" kooptiert worden ist. - Genosse Hrach, den 35 Jahre kommunistischer Aktivität jung erhalten haben und der in dieser langen Zeit vielerlei Funktionen in der Partei bekleidet hat, ist als Leiter der Grazer Parteisektion "Schönausiedlung", die seinerzeit mit 33 Prozent kommunistischen Stimmen einen österreichischen Rekord erreichte, weit über die Grenzen von Graz hinaus bekannt geworden. Dieselbe revolutionäre Gesinnung, die ihn 1929 bewog, mit der technischen Kompanie des Schutzbundes in die KPÖ einzutreten, hat ihn Ende vorigen Jahres zu der kurz zuvor gegründeten "Roten Fahne" geführt, zu deren bewährten Freunden er seither zählt. Wir freuen uns sehr, ihn jetzt auch in ihrer Redaktion begrüßen zu können!

Wir verweisen die Freunde und Interessenten der "Roten Fahne" in Graz und Umgebung darauf, daß ihnen Genosse Hrach mit Rat und Tat gerne zur Hand gehen und auch allen Wünschen nach Zusendung der Zeitung und anderen Informationsmaterialien nach Kräften entsprechen wird. Seine Adresse lautet: Hubert Hrach, Graz, Fröhlichgasse 11.

EIN GUTER VORSATZ

Genossen P. aus Ottakring verdanken wir den nachfolgenden Beitrag, der in etwas karikiert Form ein ernstes Problem berührt:

...Es ist zum Weinen. Bei der letzten Bezirkskonferenz in Ottakring saß ich mit Genossen ... zusammen und wir hörten uns die Ausführungen des Referenten an. Thema Wahlen und unsere Forderungen. Das hättet Ihr hören müssen! Hauptproblem, daß die Elektrische (der 46er) so einen Lärm macht und daß uns die Leute wählen werden, wenn wir den Lärm aufzeigen und verlangen, daß er aufhört. Nicht, daß ich die "kleinen Dinge" verachte! Aber von einer kommunistischen Bezirkskonferenz erwartet man sich doch ein bißchen mehr. Irgendwo hat Lenin geschrieben, daß man auch die "kleinen Dinge" in Verbindung mit den großen, politischen Fragen sehen muß. Hier keine Spur davon. Welcher Referent liest denn auch heute noch Lenin? ...Noch bevor wir uns klar wurden, daß wir nicht still sitzenbleiben und wortlos zuhören durften, war auch schon der Klein-Heini mit dem "Schlußwort" da. Sein letzter Satz war ungefähr: "...und so wollen wir die Angelegenheiten, die die Arbeiter zutiefst berühren, den Lärm des 46-er, den Gestank der Fabrik in der Roseggergasse usw. usf. vertreten, damit die Arbeiter sehen, aha, die Kommunisten treten fest für alles ein, und uns unterstützen, Schritt für Schritt zum Sozialismus zu kommen."

Mein "Spezi" hat mir nachher gesagt, das war die letzte Bezirkskonferenz, auf die er gegangen ist. "Wenn die glauben, daß das alles ist, was einem Arbeiter am Herzen liegt, dann tun sie mir leid", meint er. Ich aber denke anders. Ich gehe das nächstemal (wenn sie mich noch einladen) wieder hin und werde - r e d e n !

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN
VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

GESIEBTE "DISKUSSION"

"Weg und Ziel", das theoretische Organ der KPÖ, hat seit langem eine Diskussionsrubrik, aber erst in den letzten Monaten beginnt sie sich einigermaßen zu füllen. Im Mai rief die Redaktion dann "alle Leser und Freunde" dazu auf, "offen über die Probleme zu diskutieren, vor denen wir stehen und im freimütigen Meinungs austausch die notwendigen politischen und organisatorischen Schlußfolgerungen zu ziehen" und seither findet man in mancher Nummer sogar bis zu einem Dutzend Beiträge. Viele Genossen loben das und freuen sich darüber, denn sie halten es für einen Ausdruck erwachender innerparteilicher Demokratie. (Eine Wirkung, auf die es den Veranstaltern ja ankommt).

Die Sache hat bloß einen kleinen Haken. Was in "Weg und Ziel" vor sich geht, ist in Wahrheit keine echte Diskussion, sondern ein mehrstimmiger Chorgesang nach den Noten, die der 20. Parteitag der KP der SU geschrieben hat. Oberstimmen sind erlaubt, wenn nur die Grundmelodie erhalten bleibt. Deutlicher gesagt: Das Diskussionsfeld ist nur nach rechts hin offen (siehe Löwy, Breuer, Georg Schwarz, Podhostnik u.a.), hat aber nach links einen Zaun und ein Zaunwächter paßt scharf darauf auf, daß niemand darübersteigt. Und sogar die ganz Schlaunen, die glauben, in einer harmlosen Verkleidung irgendwo durch eine Lücke schlüpfen zu können, müssen sich dabei so dünn machen und mit so bescheidenem Gepäck begnügen, daß sie sich eigentlich fragen müßten, ob sich überhaupt auszahlt und ob sie - gegen ihren Willen - nicht in die Gefahr kommen, das Feigenblatt zu werden, das sich der Zaunwächter über die Blöße bindet.

Der Genosse Johann Bek aus Margareten ist kein solcher "Taktiker", sondern ein aufrechter kommunistischer Eisenbahner, dessen Klassenbewußtsein mit einigen "neuen Thesen" der Revisionisten in Widerspruch geriet. Also setzte er sich hin und verfaßte ebenfalls einen Diskussionsbeitrag. Natürlich war er überzeugt, daß dieser in "Weg und Ziel" veröffentlicht würde. Er irrte sich. Zunächst erhielt er einen Brief, in dem ihm für seinen Beitrag bestens gedankt wurde, da allerdings schon Redaktionsschluß sei, komme die Veröffentlichung "erst in der nächsten Nummer in Frage". Genosse Bek geduldete sich. Sieben Wochen später bekam er einen zweiten Brief, in dem es hieß:

„WEG UND ZIEL“

Monatsschrift für Fragen der Demokratie
und des wissenschaftlichen Sozialismus

Wien XX, Höchstädtplatz 3

Wien, am 30. Juli

19 64

Lieber Genosse,

Deine Zuschrift eignet sich nach Ansicht der Redaktion nicht als Diskussionsbeitrag für die Diskussion in "Weg und Ziel",

Mit Gruß

„WEG und ZIEL“

Redaktion

Wien, XX., Höchstädtplatz 3

Der Zaunwächter, der Genossen Bek vorher schon auf zwei Monate vertröstet hatte, schloß dieser Ablehnung der Veröffentlichung einen neuerlichen Trost an: er möge es bei der Parteitagsdiskussion im kommenden Jahr versuchen! Da dort aber erst recht "gesiebt" werden wird (wir werden demnächst Beispiele von der letzten Parteitagsdiskussion bringen), ist klar, daß Genosse Bek keine Aussicht hätte, in der Presse seiner Partei zu Wort zu kommen - wenn es die "Rote Fahne" nicht gäbe.

DER DISKUSSIONSBEITRAG DES GENOSSEN BEK

=====

In den Programmatischen Leitsätzen der KPÖ, die am 19. und 20. Februar 1958 beschlossen wurden, heißt es am Anfang: "Der Kapitalismus ist eine Gefahr für die Menschheit". Weiters heißt es dort: "Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der nur unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei erfolgen kann, ist ein revolutionärer gesellschaftlicher Prozeß; er erfordert: eine Staatsmacht, die...als Diktatur des Proletariats bezeichnet wird." Somit sollte es im Punkt 8 der Programmatischen Leitsätze richtig heißen: "Die Möglichkeit des friedlichen Weges zur Diktatur des Proletariats" anstatt "zum Sozialismus".

Um zur Diktatur des Proletariats zu kommen, benötigt die österreichische Arbeiterklasse eine mächtige Kommunistische Partei und eine Gewerkschaft, die von der KP geführt wird. Wie kommen wir nun zu einer mächtigen KPÖ? Indem wir um die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz werben. Was haben wir da für Möglichkeiten?

1. Unsere Presse.
2. Arbeit in den Gewerkschaften.
3. Diskutieren, überall wo wir sind und wo wir hinkommen.

Meiner Meinung nach wird der 3. Punkt am meisten vernachlässigt.

Wir müssen aufzeigen, wie die Diktatur des Proletariats aussieht, wo sie bereits besteht. Dies gilt es in erster Linie unseren eigenen Genossen zu erklären.

Wir haben zwei kommunistische Großmächte, die Sowjetunion und die Volksrepublik China. Die KPdSU erklärt, bei ihnen gebe es keine Diktatur des Proletariats mehr, sondern die Sowjetunion sei ein "Volksstaat". Ist dieser "Volksstaat" keine Diktatur mehr? ICH DENKE, DASS MARX, ENGELS UND LENIN RECHT HABEN, wenn sie sagten: "Der Staat ist ein Werkzeug einer Klasse, um die andere zu unterdrücken". Somit gibt es auch in Rußland heute noch eine Diktatur, sonst wäre doch meiner Meinung nach der Staat überflüssig!

Die Hauptaufgabe des kommenden Parteitags wäre es, darüber zu beraten, wie wir österreichischen Kommunisten mithelfen können, die Einheit der kommunistischen Parteien der ganzen Welt wiederherzustellen. Diese Aufgabe wird, wie ich glaube, keineswegs damit erfüllt, daß man die Meinungsäußerungen der chinesischen und albanischen Genossen unterdrückt, wie es auf den Parteitagen der italienischen, tschechischen und deutschen Genossen geschehen ist.

Diese Aufgabe erfüllt auch keineswegs der überaus strittige Diskussionsbeitrag des Genossen F. GRUBER in Nr. 6 des "Weg und Ziel". Dieser "Beitrag" ist antikommunistisch im wahrsten Sinne des Wortes. Solche "Argumente" hörte ich schon vor 40 Jahren über die Bolschewiki aus dem Munde von SP-Genossen. Was gibt es da noch für einen Unterschied in der Ideologie der SP und der KP? Auf keinen Fall führen solche Beiträge zur Einheit der kommunistischen Parteien, geschweige denn zur Arbeitereinheit.

(Gruber verglich in seinem Beitrag die heutige internationale Situation mit der nach der blutigen Niederlage der bürgerlichen Revolutionen von 1848 und überhäufte dementsprechend alle heutigen Revolutionäre mit den dümmsten Schmähungen, - Anmerkung).

Was ich in der kommunistischen Presse Österreichs besonders vermisste, sind Artikel der chinesischen und albanischen Genossen.

Man bringt z.Bsp. das Wort MAOs: "Der Imperialismus ist ein Papiertiger". LENIN sagte: "Der Imperialismus ist ein Koloß auf tönernen Füßen". Ist das nicht dasselbe?

Es wäre höchste Zeit, daß wir in unseren Sektionen noch vor dem Parteitag über die Meinungsverschiedenheiten frei diskutieren.

Hans B e k

Wien 5.,

Margaretengürtel 100-110/7/5

Jeder weiß, warum Marek diesen Beitrag nicht drucken wollte. Auf die Forderung nach freier Diskussion hat er unmißverständlich geantwortet - mit der Unterdrückung des Diskussionsbeitrags. Dieser sei für "Weg und Ziel" nicht geeignet, schreibt Marek. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: **DAS HEUTIGE "WEG UND ZIEL" IST NICHT MEHR GEEIGNET FÜR REVOLUTIONÄRE AUFFASSUNGEN!** Es eignet sich nicht mehr für Genossen, die den Grundprinzipien und Grunderkenntnissen des Marxismus-Leninismus die Treue halten wollen. Das ist der Grund, warum heute eine "Rote Fahne" existiert. Ganz gleich, was passiert, die revolutionären Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin werden immer ihre Vertreter - und ihre Tribüne finden!



INTERNATIONALE RUNDSCHAU - INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Togliatti und der Papst

Am 18. August, während der Todeskrankheit Togliattis, veröffentlichte die "Volksstimme" dessen Bild und setzte darunter mit sichtlichem Stolz die fettgedruckten Worte: "TOGLIATTIS GENESUNG SCHLOSS DER PAPST IN SEIN GEBET EIN". Die Meldung stimmte. Die Führung der KPI beeilte sich denn auch, dem Papst für seine "tiefempfundenen Worte" zu danken.

Soweit die Tatsachen. Besteht aber ein Grund, auf sie stolz zu sein? Wir glauben nicht. Daß das Oberhaupt der katholischen Kirche, der wichtigsten ideologischen Säule und mächtigsten politischen Organisation zur Aufrechterhaltung der Herrschaft

des internationalen Kapitals, ausgerechnet um Leben und Gesundheit eines führenden Kommunisten besorgt sein soll, kann einen Menschen, der sich wenigstens einen Rest von Klassenbewußtsein und proletarischem Instinkt bewahrt hat, unmöglich begeistern. Waren die "tiefempfundenen Worte" Papst Pauls nicht ernst gemeint, so muß man sie auch dementsprechend bewerten; waren sie es aber doch, so muß sich eines von zwei Dingen grundlegend geändert haben - der Vatikan oder die KP Italiens. Diese Frage zu stellen, heißt sie auch schon zu beantworten.

Wir sind nicht der Meinung, daß man die Einschätzung der Rolle eines Politikers von dem Umstand abhängig machen kann, ob dieser gesund oder

krank, vor einer Woche oder vor einem Jahr gestorben ist. Was Togliatti betrifft, ändern weder seine unzweifelhaften früheren Verdienste noch sein Tod etwas daran, daß er der bedeutendste - und daher auch mit schwerster Verantwortung beladene - Propagandist des modernen Revisionismus in der westeuropäischen kommunistischen Bewegung war. Alle Kommentare anlässlich seiner Erkrankung und seines Todes - von Chruschtschow bis zum Papst - haben das erneut bestätigt.



Ausgeliefert

Nach einer AFP-Meldung vom 14. Juli aus Teheran wurde dort tags zuvor der ehemalige Leutnant der iranischen Polizei HOSSEIN GOBADI, der im Jahre 1949 die Flucht einiger Führer der Tudeh-Partei organisiert hatte, erschossen. Unter Ausnutzung seiner Funktion als Polizeileutnant war Gobadi am 16. Dezember 1949 im Teheraner Gefängnis erschienen und hatte sich unter Berufung auf höhere Weisungen die gefangenen Revolutionäre übergeben lassen, mit denen er dann ins Ausland floh. Im Zuge der "Verständigung" mit dem persischen Regime hat die Sowjetregierung Gobadi vor kurzem an den Iran ausgeliefert, wo er jetzt zum Tod verurteilt und hingerichtet wurde.



"Was wir gelitten haben"

Unter obigem Titel ist in der Sowjetunion kürzlich der neueste Anti-Stalin-Roman erschienen. Es handelt sich um das dritte Buch dieser Art, in dem die "dichterische Freiheit" zur antistalinistischen Hetze mißbraucht wird. Das Organ des Schriftstellerverbandes der RSFSR "Oktjabr", das das Machwerk druckte und mit einem lobenden Vorwort versah, wird seine Reputation damit nicht steigern können.

Rumänien gegen Chruschtschows Spalterkonferenz

Am 18. August gab der rumänische Botschafter in Ungarn auf einer Pressekonferenz die Erklärung ab, daß Rumänien die Teilnahme an dem von Chruschtschow einberufenen Dezember-treffen ablehne, da eine Konferenz, an der sich nur ein Teil der Parteien beteilige, nur zu einem offenen Bruch führen könne. Eine ähnliche Erklärung gab am 20. August der rumänische Botschafter in Paris ab. Nur an einer Konferenz, an der alle kommunistischen Parteien teilnehmen, darunter auch die KP Chinas, und auf der wichtige Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden können, würde Rumänien mitarbeiten.



Fromme Pilgerfahrt oder reaktionäre Wühlarbeit?

Warschau. - Der amerikanische Justizminister Robert Kennedy, der gegenwärtig mit seiner Familie Polen bereist, besuchte gestern den Wallfahrtsort Tschenstochau mit dem polnischen Nationalheiligtum, der „Schwarzen Madonna“. Vor der Klosterkirche hatten sich Tausende Polen angesammelt und bereiteten dem amerikanischen Gast einen stürmischen Empfang. In der Basilika knieten bereits über tausend Gläubige, um an der Pilgermesse teilzunehmen. Am Nachmittag konferierte Kennedy mit dem polnischen Primas, Kardinal Stefan Wyszynski.

(„Kurier“ vom 1. Juli 1964)

Karl Marx sagte einmal, daß die Menschen das Recht haben müssen, ihre körperliche und seelische Notdurft ungestört zu verrichten. Das gilt auch für Herrn Robert Kennedy. Aber daß er sich unter hunderttausenden Wallfahrtsorten ausgerechnet das polnische Tschenstochau aussucht? Und daß er ausgerechnet den Kardinal Wyszynski für seine religiösen Gespräche braucht?

Die polnische Volksdemokratie wird einen hohen Preis dafür zahlen müssen, wenn sie die konterrevolutionären Wühlmäuse so ungeniert agieren läßt.

Rote Fahne

Jahresabonnement S 65,-
Halbjahresabonnement S 35,-
(Postscheckkonto Nr. 173.848)

Verlag: Rote Fahne, Berlin - 1000, Postfach 1000

Verlag: Rote Fahne, Berlin - 1000, Postfach 1000

ANTWORT DES ZK DER KP CHINAS AUF DAS SCHREIBEN DES ZK DER KPdSU VOM 15. JUNI 1964

28. Juli 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat das Schreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 15. Juni 1964 erhalten. Dieses Schreiben wurde uns erst am 20. Juni übergeben. Schon vorher war sein Inhalt in die bürgerliche Presse des Westens durchgesickert.

In Eurem Schreiben habt Ihr die in unserem Brief vom 7. Mai enthaltenen vernünftigen Vorschläge entstellt und abgelehnt sowie den Wunsch vieler Bruderparteien nach Einheit und ihren Widerstand gegen eine Spaltung ignoriert. Ihr habt in Eurem Schreiben ein revisionistisches politisches Programm und eine spalterische organisatorische Linie für eine internationale Beratung der Bruderparteien festgelegt. Das zeigt, daß Ihr entschlossen seid, willkürlich, einseitig und rechtswidrig eine solche Konferenz, die zur offenen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung führen würde, vorzubereiten und einzuberufen.

I

In der Frage der Einberufung einer internationalen Beratung der Bruderparteien hält sich die Kommunistische Partei Chinas seit jeher strikt an den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus und tritt dafür ein, daß nach gründlicher Vorbereitung und Erzielung einer Einmütigkeit durch Konsultationen eine Konferenz der Einheit auf marxistisch-leninistischer Grundlage einberufen wird; sie ist entschieden gegen die Einberufung einer Konferenz der Spaltung. Wir hielten und halten konsequent an diesem Standpunkt fest. Ihr habt in Eurem Schreiben behauptet, daß wir „eine Kehrtwendung unternahmen“. Das heißt Tatsachen durch glatte Lügen ersetzen.

Wie sehen die Tatsachen aus?

Bereits im Frühjahr 1962, das heißt kurz nach dem XXII. Parteitag der KPdSU, hat die Kommunistische Partei Chinas energisch die Initiative der Kommunistischen Partei Indonesiens, der Partei der Werktätigen Vietnams und der Kommunistischen Partei Neuseelands für die Einberufung einer internationalen Beratung der Bruderparteien unterstützt, die zum Zweck haben sollte, die Differenzen zu beseitigen, die Ihr angesichts des Feindes der Öffentlichkeit preisgegeben hattet. Das ZK der KP Chinas hat in

seinem am 7. April 1962 an Euch gerichteten Schreiben erklärt, daß es „aus ganzem Herzen den Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz der Bruderparteien unterstützt“. Das ZK der KP Chinas hat auch festgestellt, ein Erfolg der Konferenz „hängt davon ab, daß vorher eine Reihe von Schwierigkeiten und Hindernissen überwunden werden und eine große Vorbereitungsarbeit geleistet wird“. Ihr habt anscheinend diese Worte entweder vergessen oder nicht begriffen. Habt Ihr sie vergessen, dann zeigt das, wie schwach Euer Gedächtnis ist; habt Ihr sie nicht begriffen, so zeigt das, wie sehr Euer Begriffsvermögen zu wünschen übrig läßt. Haben wir nicht deutlich genug geschrieben, daß ein Erfolg der Konferenz „davon abhängt, daß vorher eine Reihe von Schwierigkeiten und Hindernissen überwunden werden und eine große Vorbereitungsarbeit geleistet wird“?

Wir haben einen solchen Standpunkt eingenommen, um die Differenzen zu beseitigen; die Einheit zu stärken und gemeinsam gegen den Feind zu kämpfen. Ihr habt jedoch in Eurem Schreiben vom 31. Mai 1962 den Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien abgelehnt. Danach habt Ihr eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die auf eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien und unseren beiden Ländern abgezielt waren. Darüber hinaus habt Ihr auf den Parteitagen von fünf europäischen Bruderparteien, die im Winter 1962 nacheinander stattfanden, eine neue widrige Strömung gegen die Kommunistische Partei Chinas und andere marxistisch-leninistische Bruderparteien hochgepeitscht.

Trotzdem schickte das ZK der KP Chinas im Juli 1963 eine Delegation nach Moskau zu Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU. Wir hatten gehofft, daß diese Besprechungen positive Ergebnisse zeitigen und damit zur Vorbereitung der Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien beitragen würden. Doch habt Ihr in bezug auf diese Besprechungen jede Aufrichtigkeit vermissen lassen. Darüber hinaus habt Ihr im Laufe der Besprechungen den Offenen Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten der Sowjetunion veröffentlicht und damit die Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung erweitert und vertieft und auf den Weg zur Einberufung einer internationalen Konferenz noch mehr Hindernisse aufgetürmt.

Im Frühjahr 1964 haben wir erneut große Anstrengungen unternommen, um die zahlreichen von Euch in den Weg gelegten Hindernisse zu überwinden und die Einberufung einer Kon-

ferenz der Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus herbeizuführen. Da Ihr in Eurem an uns gerichteten Schreiben vom 29. November 1963 lediglich hohlklingende Phrasen von der Einheit gebraucht, aber keinerlei konkrete Maßnahmen für die Einberufung einer internationalen Konferenz vorgeschlagen habt, unterbreiteten wir Euch in unserem Brief vom 29. Februar 1964 vier Vorschläge zur Vorbereitung und Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien, und zwar: „1. Für die Einstellung der offenen Polemik ist es notwendig, daß die chinesische und die sowjetische Partei sowie andere betroffene Bruderparteien verschiedene bilaterale und multilaterale Verhandlungen führen, um durch Konsultation eine gerechte und vernünftige, für alle annehmbare Lösung zu finden und zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu gelangen. 2. Die Kommunistische Partei Chinas befürwortet seit jeher die Einberufung einer Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder und setzt sich aktiv dafür ein. Vor der Einberufung dieser Konferenz müssen entsprechende Vorbereitungen getroffen und die Schwierigkeiten und Hindernisse überwunden werden. Wir wollen uns mit anderen Bruderparteien darum bemühen, daß diese Konferenz eine Tagung der Einheit werde, die auf den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus beruht. 3. Die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei ist eine notwendige Vorbereitungsmaßnahme für eine erfolgreiche Abhaltung der Konferenz der Bruderparteien. Wir schlagen vor, die Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei in der Zeit vom 10. bis 25. Oktober 1964 in Peking fortzusetzen. 4. Um weitere Vorbereitungen für die Konferenz von Vertretern aller Bruderparteien zu treffen, schlagen wir vor, nach Abschluß der chinesisch-sowjetischen Besprechungen eine Beratung von Vertretern der Bruderparteien aus folgenden 17 Ländern einzuberufen: Albanien, Bulgarien, China, der Deutschen Demokratischen Republik, Korea, Kuba, der Mongolei, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und Vietnam, sowie Indonesien, Japan, Italien und Frankreich.“

Was habt Ihr aber in den letzten Monaten getan?

Am 12. Februar dieses Jahres habt Ihr hinter unserem Rücken den Bruderparteien einen gegen die Kommunistische Partei Chinas gerichteten Brief geschickt, in der Absicht, „kollektive Maßnahmen“ gegen uns auszuhecken. Wir haben Euch wiederholt gebeten, uns ein Exemplar dieses Briefes zu schicken. Bis jetzt habt Ihr das nicht getan und seid es uns daher noch immer schuldig.

Ihr habt am 14. Februar 1964 dem Plenum des

ZK der KPdSU einen chinafeindlichen Bericht vorgelegt und einen chinafeindlichen Beschluß gefaßt. Ihr habt mit großem Tamtam ein „offenes und entschiedenes Auftreten gegen die falschen Ansichten und gefährlichen Aktionen der Führung der KP Chinas“ angekündigt.

Ihr habt am 3. April dieses Jahres die gegen China gerichteten Dokumente des Februar-Plenums des ZK der KPdSU veröffentlicht und daraufhin eine neue Hetzkampagne gegen China angekurbelt. Nach unvollständigen Angaben haben Eure zentralen Zeitungen und die Zeitungen der Unionsrepubliken allein im April mehr als 1000 chinafeindliche Artikel und dergleichen Materialien veröffentlicht.

Ihr habt rücksichtslos einen politischen und organisatorischen Druck auf die Bruderparteien ausgeübt, innerhalb der Bruderparteien eine großangelegte Wühl- und Spaltertätigkeit entfaltet und noch mehr als bisher mit Abtrünnigen, Verrätern und Troztkisten sowie mit der Tito-Clique und allerlei Reaktionären gemeinsame Sache gemacht. Beispielsweise habt Ihr den Hergang des Parteiverrats von Yoshio Shiga, Ichizo Suzuki und anderen inszeniert, um der Kommunistischen Partei Japans, die am Marxismus-Leninismus festhält, Schläge zu versetzen. Ihr seid eifrig dabei, Euch mit den Reaktionären Indonesiens zu verbünden, um der Kommunistischen Partei Indonesiens, die am Marxismus-Leninismus festhält, Schläge zu versetzen.

All das zeigt, daß Ihr intensiv eine offene Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung vorbereitet. Ihr habt in Eurem Schreiben vom 7. März d. J. einen gedrängten Terminkalender für die überstürzte Einberufung einer Konferenz der Spaltung aufgestellt: im Mai dieses Jahres die Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU, im Juni/Juli die vorbereitende Beratung von 26 Bruderparteien und im Herbst d. J. die internationale Konferenz der Bruderparteien abzuhalten. Damit habt Ihr die Maßnahmen aufgedeckt, die eine offene Spaltung beschleunigen sollen.

Wir haben die durch Eure Spaltertätigkeit hervorgerufene ernste Situation wiederholt sorgfältig geprüft und Eure Absicht durchschaut, eine Konferenz der Spaltung einzuberufen. Daher haben wir in unserem an Euch gerichteten Brief vom 7. Mai 1964 darauf hingewiesen, daß es unter den heutigen Umständen tunlich ist, die internationale Konferenz der Bruderparteien lieber später als früher einzuberufen, oder sie sogar überhaupt nicht einzuberufen. Eben deshalb schlugen wir in diesem Schreiben vor, daß es zweckmäßiger ist, die Besprechungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei bis zur ersten Hälfte des kommenden Jahres, zum Beispiel bis Mai 1965, zu verschieben. Wir stellten auch fest, daß nach der gegenwärtigen Situation die Vorbereitungen für eine internationale Konferenz

vielleicht vier bis fünf Jahre oder sogar noch länger dauern müßten.

Kurz, um die Differenzen zu beseitigen, die Einheit zu stärken und gemeinsam gegen den Feind zu kämpfen, treten wir immer dafür ein, „eine ganze Reihe von Schwierigkeiten und Hindernissen zu überwinden“ und „eine große Vorbereitungsarbeit zu leisten“, damit eine Konferenz der Einheit auf der Basis des Marxismus-Leninismus einberufen werden kann. Um die Einheit aufrechtzuerhalten und der Spaltung Widerstand entgegenzusetzen, haben wir damals, als Ihr noch keine konkreten Vorschläge zur Einberufung einer internationalen Konferenz machtet, in unserem Brief vom 29. Februar d. J. konkrete Vorschläge für die Vorbereitung der Einberufung einer solchen Konferenz unterbreitet. Ebenfalls zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Einheit und des Widerstands gegen eine Spaltung halten wir jetzt, da Ihr entschlossen seid, eine Konferenz der Spaltung einzuberufen, gemäß unserem Schreiben vom 7. Mai eine noch längere Zeitspanne für notwendig, um die noch größeren Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden und „eine Reihe von Vorbereitungsarbeiten“ zu leisten. Wir sind nach wie vor gegen die überstürzte Einberufung einer Konferenz und gegen die Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung, denn das würde der Festigung der Geschlossenheit und dem gemeinsamen Kampf gegen den Feind Abbruch tun.

Früher sagtet auch Ihr, daß man eine internationale Konferenz nicht einberufen dürfe, bevor nicht eine große Vorbereitungsarbeit geleistet worden sei. Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, sagte am 16. Januar 1963, daß eine überhastete Durchführung der Konferenz „die Gefahr einer Spaltung mit sich bringen würde“. Warum habt Ihr jetzt eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen und wollt nun mit der Methode des Blitzkriegs eine internationale Konferenz vorbereiten und einberufen?

Vermutlich seid Ihr der Ansicht, daß Eure sogenannten Vorbereitungen fast beendet sind. Man kann aus den obenerwähnten Tatsachen deutlich ersehen, daß Eure sogenannte Vorbereitungsarbeit nicht auf die Beseitigung der Differenzen und die Stärkung der Einheit, sondern auf eine Verschärfung der Differenzen und die Herbeiführung einer Spaltung hinausläuft. Ihr bereitet nicht die Einberufung einer Konferenz der Einheit, sondern die einer Konferenz der Spaltung vor.

Es ist völlig offensichtlich: Je mehr Ihr solche Vorbereitungen trifft, desto größer sind die Hindernisse, die Ihr der Einberufung einer Konferenz der Einheit in den Weg legt, desto schwieriger sind die Vorbereitungen, die die marxistisch-leninistischen Parteien treffen müssen, um diese Hindernisse zu überwinden, desto größer ist der benötigte Zeitraum und desto weiter wird selbstverständlich auch der Termin der Einberufung einer Konferenz der Einheit auf

der Grundlage des Marxismus-Leninismus hinausgeschoben werden.

Ihr schlagt in Eurem Schreiben vom 15. Juni d. J. die überstürzte Vorbereitung und Einberufung einer Konferenz der Spaltung vor, was im diametralen Gegensatz zum gemeinsamen Wunsch der marxistisch-leninistischen Parteien der ganzen Welt nach Einberufung einer Konferenz der Einheit steht.

II

Aus Eurem Schreiben geht hervor, daß Ihr bereits ein revisionistisches politisches Programm für die internationale Konferenz vorbereitet habt, das zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung führen soll.

In Eurem Brief schreibt Ihr, daß Ihr bereit seid, auf der internationalen Konferenz „Wege zu einem Zusammenschluß und nicht zu einer Trennung zu suchen“, Eure Bemühungen auf die Suche nach „Gemeinsamkeiten“ für die „Ausarbeitung gemeinsamer Standpunkte“ zu konzentrieren. Das alles ist jedoch nichts als Lug und Trug.

Ihr erdreistet Euch, in Eurem Brief zu behaupten, daß der XX. Parteitag der KPdSU zum „Symbol der neuen Linie der ganzen kommunistischen Weltbewegung“ geworden sei, und erklärt, daß Ihr gemäß dem vom XX. und XXII. Parteitag der KPdSU eingeschlagenen Kurs „unbeirrt vorwärtsschreiten“ würdet. Ferner erklärt Ihr drohend, die Linie des XX. und des XXII. Parteitags der KPdSU nicht zu befürworten, bedeute „eine Reaktion der konservativen Kräfte in der kommunistischen Bewegung auf den schöpferischen Marxismus-Leninismus der gegenwärtigen Epoche“ und heiße, „von der Ideologie des Personenkults durchdrungen“ sein. Das ist nichts anderes als ein unverfrorener Versuch, der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung Eure revisionistische Linie aufzuzwingen, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitet und auf dem XXII. Parteitag zu einem abgeschlossenen System gestaltet wurde. Wenn Ihr behauptet, man müsse „im Einklang mit den Veränderungen in der internationalen Lage die Ideen der Erklärungen aus den Jahren 1957 und 1960 ergänzen und weiterentwickeln und neue Probleme schöpferisch erörtern und lösen“, so verfolgt Ihr damit das Ziel, die marxistisch-leninistischen revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung durch die revisionistische Linie des XX. und des XXII. Parteitags der KPdSU zu ersetzen.

Aus dem, was Ihr in den letzten Jahren immer gesagt und getan habt, ist das revisionistische Wesen der Hauptthesen, die Ihr in Eurem Brief darlegt und die Ihr der internationalen Beratung aufzuzwingen gedenkt, klar ersichtlich.

Ihr behauptet: „Die Länder des Sozialismus sind in ihrer Mehrheit dabei, eine wichtige Periode ihrer Entwicklung zu vollenden, und

nähern sich neuen Zwischenzielen beim Aufbau der neuen Gesellschaft.“ Mit dieser Erklärung wollt Ihr dort nur die sogenannte „Partei des ganzen Volkes“ und den sogenannten „Staat des ganzen Volkes“ einschmuggeln, den proletarischen Charakter der kommunistischen Parteien ändern, die Diktatur des Proletariats beseitigen und der Restauration des Kapitalismus Tür und Tor öffnen.

Hinter Eurer „Vervollkommnung der Formen der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe“ und „Koordinierung des politischen und wirtschaftlichen Vorgehens“ der sozialistischen Länder verbirgt sich nichts weiter als die Absicht, die Bruderländer Eurem Befehlsstab unterzuordnen, sie wirtschaftlich, politisch und militärisch zu Euren Vasallen, zu Euren Kolonien zu machen.

Wenn Ihr behauptet, „viel Neues“ sei „auch in den Organisationsformen und Methoden des Kampfes der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder . . . entstanden“, so bedeutet das in der Tat den „parlamentarischen Weg“ und die Theorie der „Strukturreformen“, bedeutet es den „friedlichen Übergang“ und den Verzicht auf die proletarische Revolution.

Eure Behauptung: „Der Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus ist in seine letzte Etappe eingetreten“ dient einfach dazu, die unterdrückten Nationen der Aufgabe des Kampfes gegen den Imperialismus, gegen den alten und neuen Kolonialismus zu entheben.

Wenn Ihr die Außenpolitik der sozialistischen Länder einseitig auf „die Erhaltung des Friedens“ und „die friedliche Koexistenz“ reduziert, so folgt daraus, daß sie darauf verzichten sollen, gegen den Imperialismus aufzutreten und die Revolutionen der unterdrückten Völker und der geknechteten Nationen zu unterstützen.

An Stelle der in der Erklärung von 1960 festgehaltenen These „Der amerikanische Imperialismus ist der Feind der Völker der ganzen Welt“ habt Ihr die Formulierung von einer „imperialistischen Reaktion mit den Ultras in den USA und in den anderen imperialistischen Staaten an der Spitze“ eingeschmuggelt. Damit wollt Ihr Euch mit den herrschenden Kreisen der USA, die Ihr als „vernünftig“ bezeichnet, verbünden, mit dem amerikanischen Imperialismus gemeinschaftlich die Welt aufteilen und gegen den revolutionären Kampf aller Völker vorgehen.

Euer Gerede von einer „Beseitigung der Differenzen“, von einer Suche nach den „Gemeinsamkeiten“, von der Notwendigkeit, „mit einem konstruktiven Programm zur Beratung zu kommen“, dient letzten Endes nur dazu, den marxistisch-leninistischen Parteien den ganzen revisionistischen Kurs des XX. und des XXII. Parteitages der KPdSU aufzuzwingen.

Ihr zehrt mit größter Vorliebe von dem Kapital, das Ihr mit der in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 enthaltenen For-

mulierung über den XX. Parteitag der KPdSU angelegt zu haben glaubt. Jedoch wißt Ihr ganz genau, daß die Kommunistische Partei Chinas stets gegen diese Formulierung war. Auf den beiden Beratungen der Bruderparteien batet Ihr wiederholt darum, diese Formulierung unbedingt aufzunehmen, da Ihr andernfalls in große Schwierigkeiten geraten würdet. Nur mit Rücksicht auf Eure Schwierigkeiten haben wir uns auf den Kompromiß eingelassen. Die Delegation der Kommunistischen Partei Chinas hat auf der Beratung von 1960 erklärt, daß ihr damaliges Zugeständnis das letzte gewesen sei. Jetzt aber versteigt Ihr Euch dazu, diese Formulierung als einen Talisman für die Durchsetzung Eurer revisionistischen Linie und als Knüttel gegen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien zu mißbrauchen. Das ist absolut unzulässig. Warum sollen sich alle Parteien unbedingt den Beschlüssen einer Partei unterwerfen? Warum ist es ein großes Verbrechen, wenn sie sich diesen Beschlüssen nicht unterwerfen? Es fragt sich, was das für eine Logik ist, was das für Normen sind, die die Beziehungen zwischen Bruderparteien regeln sollen?

Es muß darauf hingewiesen werden, daß gerade die revisionistische Linie Eures XX. und XXII. Parteitags die Wurzel der heutigen Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung ist. Diese Eure revisionistische Linie stößt seit einigen Jahren auf den Widerstand von immer mehr marxistisch-leninistischen Parteien und Marxisten-Leninisten, sie nähert sich mit jedem Tag ihrem Bankrott. Soll die internationale Beratung der Bruderparteien eine Beratung der Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus sein, dann muß man an Eurer revisionistischen Linie gründlich Kritik üben. Der Versuch, Eure revisionistische Linie der internationalen Beratung der Bruderparteien aufzuzwingen, zeigt nur, daß Ihr entschlossen seid, eine Beratung einzuberufen, die zur offenen Spaltung führen soll.

III

Das Verfahren und die Schritte, die Ihr in Eurem Brief für die rechtswidrige Vorbereitung und Einberufung einer internationalen Konferenz vorseht, stellen einen ganzen Komplex organisatorischer Maßnahmen dar, die zur offenen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung führen sollen.

Ihr habt alles genau eingeplant: welcher Art die Konferenz sein soll, wer sie vorzubereiten hat, wer an ihr teilnehmen darf und wer sie einberufen wird — für all das habt Ihr Euch das letzte Wort vorbehalten. In Euren Augen sind alle anderen Bruderparteien nichts anderes als Marionetten, die lediglich Euren Befehlen zu gehorchen haben. Eure ganze Handlungsweise

rieht nach Großmachtchauvinismus und „Vater-Partei“.

I. Über die vorbereitende Beratung der internationalen Konferenz der Bruderparteien. Bereits in unserem Brief vom 29. Februar d. J. haben wir eine vorbereitende Beratung der Vertreter von 17 Bruderparteien vorgeschlagen, womit Ihr jedoch nicht einverstanden wart. In unserem Brief vom 7. Mai haben wir erklärt, daß wir prinzipiell nicht gegen eine Erweiterung des Kreises der Teilnehmer an der vorbereitenden Beratung seien, doch kämen dann zuallererst jene Bruderparteien in Betracht, die am Marxismus-Leninismus festhalten. In Eurem letzten Schreiben geht Ihr nach wie vor auf unseren vernünftigen Vorschlag nicht ein, sondern besteht halsstarrig darauf, daß an der vorbereitenden Beratung Vertreter der 26 Parteien teilnehmen müßten.

Ihr erinnert Euch bestimmt daran, daß es das ZK der KP Chinas war, das die Bildung der Redaktionskommission der Moskauer Beratung von 1960 vorgeschlagen hatte, und zwar in seinem am Vorabend der Bukarester Beratung von 1960 an Euch gerichteten Schreiben, und daß die 26 Mitglieder dieser Redaktionskommission durch Konsultationen zwischen den einzelnen Bruderparteien bestimmt wurden. Diese 26 Bruderparteien waren jedoch nur in der Redaktionskommission der Moskauer Beratung von 1960 vertreten; sie haben keinerlei Erbrechte und sind auch nicht Mitglieder eines ständigen Organs für die Vorbereitung aller internationalen Konferenzen, umsomehr, als es ein solches ständiges Organ überhaupt nicht gibt.

Wir haben bereits in unserem Schreiben vom 7. Mai darauf hingewiesen, daß zwischen der heutigen Situation und der im Jahre 1960 ein sehr großer Unterschied besteht. In manchen dieser 26 Länder gibt es jetzt schon zwei Parteien, und darüber, welche von ihnen auf der Beratung vertreten sein soll, gehen unsere und Eure Meinung auseinander. Außerdem haben auch viele andere Bruderparteien verschiedene Meinungen darüber.

Zur Frage der Einberufung und der Zusammensetzung der vorbereitenden Beratung einer internationalen Konferenz müssen die Bruderparteien durch Konsultationen zu einer einhelligen Meinung gelangen. Andernfalls ist jede vorbereitende Beratung, in welcher Form auch immer, rechtswidrig.

II. Über die Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU. Die Kommunistische Partei Chinas und viele andere Bruderparteien vertreten die Ansicht, daß Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU ein notwendiger Schritt zur Vorbereitung der Einberufung einer internationalen Beratung sind. Das habt auch Ihr früher gesagt. Noch in Eurem Brief vom 7. März d. J. habt Ihr erklärt: „Es ist

notwendig, die zweiseitigen Besprechungen zwischen Vertretern der KPdSU und der KP Chinas fortzusetzen, um hierauf eine Beratung aller kommunistischen und Arbeiterparteien vorzubereiten und einzuberufen.“

In Eurem letzten Schreiben nehmt Ihr jedoch die Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU von den Vorbereitungen für eine internationale Beratung zwischen den Bruderparteien aus. Darüber hinaus weicht Ihr dem in unserem Brief vom 7. Mai enthaltenen konkreten Vorschlag für die Fortsetzung der Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU aus, wobei Ihr eine verschwommene Andeutung macht, daß die Frage der Besprechungen zwischen unseren beiden Parteien „zu jeder Zeit im Einvernehmen zwischen der KPdSU und der KP Chinas entschieden werden kann“. Ihr haltet offenbar die Besprechungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei für belanglos, möchtet sie Euch am liebsten vom Hals schaffen und wollt eine internationale Beratung vorbereiten und einberufen, ohne daß noch die Parteien Chinas und der Sowjetunion durch Konsultationen zu einem Einvernehmen gelangt wären. Was ist das anderes als der feste Entschluß, eine Konferenz der Spaltung einzuberufen?

III. Über die Zusammensetzung der internationalen Konferenz der Bruderparteien.

In Eurem Schreiben heißt es, daß alle jene Parteien, die an den Beratungen von 1957 und 1960 teilgenommen und deren Dokumente unterzeichnet haben, an dieser internationalen Konferenz teilnehmen könnten. Was bedeutet das? Bekanntlich hat die verräterische Tito-Clique an der Beratung von 1957 teilgenommen und das „Friedensmanifest“ mit unterzeichnet. Offensichtlich bezweckt Ihr also, die Tito-Clique, die auf der Beratung der Bruderparteien im Jahre 1960 einmütig verurteilt wurde, in die internationale Konferenz der Bruderparteien einzuschmuggeln. Wir sind entschieden dagegen.

In Eurem Schreiben stellt Ihr ein beispiellos läppisches Kriterium für neue Teilnehmer an der internationalen Konferenz auf. Danach wären ausschließlich jene Parteien teilnahmeberechtigt, die Eure revisionistische „Generallinie“ befürworten, während marxistisch-leninistische Parteien, die mit dem Revisionismus gebrochen und sich wiedergegründet haben, von der Teilnahme ausgeschlossen sein sollten. Wir sagen Euch ehrlich, das wird Euch niemals gelingen. Wenn eine internationale Konferenz der Bruderparteien, eine Konferenz der Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus einberufen werden soll, dann sind diese wiedergegründeten marxistisch-leninistischen Parteien selbstverständlich berechtigt, daran teilzunehmen, und niemand hat das Recht, ihnen die Teilnahme zu verwehren. Wenn Ihr jedoch versucht, eine Revi-

sionisten-Konferenz der Spaltung einzuberufen, und damit rechnet, daß die marxistisch-leninistischen Parteien bei Eurem heimtückischen Plan, die internationale kommunistische Bewegung zu spalten, mittun würden, so macht Ihr die Rechnung ohne den Wirt.

IV. Über den Einberufer der internationalen Konferenz der Bruderparteien. Ihr schreibt in Eurem Brief, die KPdSU trage hinsichtlich der Einberufung internationaler Beratungen eine „besondere Verantwortung“, und zitiert auch den Beschluß der Beratung von 1957 und die Rede von Genossen Mao Tse-tung. In dem betreffenden Beschluß steht jedoch schwarz auf weiß: „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion wird beauftragt, die Funktion der Einberufung von Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien unter Zurateziehung der Bruderparteien zu übernehmen.“ Das heißt, die KPdSU muß vor der Einberufung einer Beratung die Bruderparteien zu Rate ziehen. Als Genosse Mao Tse-tung damals über die Verantwortung der KPdSU für die Einberufung internationaler Beratungen sprach, ging er gerade von der Voraussetzung aus, daß darüber vorher mit den Bruderparteien Konsultationen abgehalten werden müssen; das bedeutet nicht im entferntesten, daß Ihr nach Eurem Gutdünken handeln dürft. Wir möchten auch noch darauf verweisen, daß auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 das Prinzip der Herbeiführung einer Einmütigkeit der Bruderparteien durch Konsultationen festgelegt wurde. Infolgedessen muß also die Einberufung einer internationalen Beratung von den Bruderparteien einstimmig befürwortet werden und ist es unzulässig, daß einige Bruderparteien den anderen Bruderparteien ihren Willen aufzwingen und diesen diktieren, sich mit der Einberufung einer Beratung einverstanden zu erklären. Wenn Ihr Euch erdreistet, dieses Prinzip zu verletzen, und Euch weigert, mit allen Bruderparteien durch Konsultationen zu einem Einvernehmen zu gelangen, dann werdet Ihr überhaupt kein Recht haben, eine internationale Beratung einzuberufen.

Zu allen obenerwähnten Fragen hinsichtlich des Verfahrens und der Schritte zur Vorbereitung und Einberufung einer internationalen Beratung werden die Bruderparteien der ganzen Welt, sowohl der alten wie der wiederaufgebauten und der neugegründeten, wohl verschiedene Meinungen haben; doch müssen alle diese Meinungen sorgfältig beachtet und voll berücksichtigt werden. Über diese Fragen müssen die Bruderparteien der ganzen Welt gemäß dem Prinzip der Konsultationen auf der Basis der Gleichberechtigung durch zweiseitige beziehungsweise mehrseitige Besprechungen ein Einvernehmen herstellen. Wenn Ihr Euch aber als Hegemon aufspielen und versuchen wollt, durch Befehl und Zwang eine internationale Beratung der Bruderparteien

vorzubereiten und einzuberufen, so wird das absolut rechtswidrig sein und zugleich einen Beweis dafür liefern, daß Ihr entschlossen seid, eine Beratung einzuberufen, die zur offenen Spaltung führen soll.

IV

In den letzten Jahren haben sich überall in der Welt die marxistisch-leninistischen Kräfte im Kampf gegen den modernen Revisionismus rasch entwickelt und sind gewachsen. In vielen Ländern haben die Marxisten-Leninisten sich mutig der Spaltertätigkeit der Revisionisten entgegengestellt, in kurzer Zeit aufs neue marxistisch-leninistische Parteien oder Gruppen errichtet, den großen revolutionären Mut und Heroismus kommunistischer Kämpfer bekundet und einen Aufschwung der revolutionären Bewegung in ihren Ländern herbeigeführt. In diesem Kampf haben die modernen Revisionisten immer deutlicher ihr wahres Gesicht, das Gesicht von Verrätern am Marxismus-Leninismus, gezeigt, und die revisionistische Führerschicht vieler Parteien wurde schon von den revolutionären Volksmassen beiseite geschoben. Das alles geschieht wider Euer Erwarten und ruft bei Euch Besorgnis und Unruhe hervor, versetzt Euch in grenzenlose Panik.

Ihr nehmt Euch in Eurem Schreiben heraus, uns einer „Verstärkung der fraktionellen, der Spaltertätigkeit“ und einer „maximalen Zuspitzung der Polemik“ zu beschuldigen. Das zeigt nur, daß Ihr durch den machtvollen Aufschwung der marxistisch-leninistischen Kräfte so sehr erschrocken seid, daß Ihr schon den Verstand verloren habt und sinnloses Zeug daherredet.

Die jetzt in den kommunistischen Parteien Australiens, Belgiens, Brasiliens, Ceylons und vieler anderer Länder eingetretene Spaltung ist die Folge Eurer revisionistischen und spalterischen Linie, Eurer zügellosen Wühl- und Fraktionstätigkeit. Ihr seid es gerade, die den Taktstock geschwungen, einer Reihe von Bruderparteien die revisionistische Linie aufgezwungen und die revisionistischen Führer dieser Parteien angestiftet haben, die Marxisten-Leninisten willkürlich zu verdrängen und zu verfolgen, ja sogar aus der Partei auszuschließen, so daß eine Spaltung herbeigeführt wurde. Da nun diese Marxisten-Leninisten des Rechtes beraubt wurden, in ihrer Partei den Revisionismus zu bekämpfen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als aufs neue revolutionäre Parteien des Proletariats aufzubauen, um den Kampf gegen den Revisionismus fortzusetzen. Je hartnäckiger Ihr an der revisionistischen und spalterischen Linie festhaltet, desto mehr Marxisten-Leninisten werden auftreten, die revolutionäre Parteien des Proletariats wiedergründen und gegen Euch kämpfen werden. Das ist die unausweichliche und unerbittliche Logik des Kampfes.

Ihr spielt Euch als oberster Richter in der kommunistischen Weltbewegung auf und behauptet, daß die wiederaufgebauten beziehungsweise neuerrichteten marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien „außerhalb der Reihen der kommunistischen Bewegung stehen“ und daß „es bei noch so großem Kraftaufwand nicht gelingen wird, diese Leute in die Reihen der Bewegung einzuschleusen“. Es scheint, als könnte nichts auf Erden ohne Eure Anerkennung und Billigung existieren. Das ist die Philosophie alles dessen, was untergeht, all dem gegenüber, was neu entsteht. In der Geschichte der Menschheit entwickelten sich und erstarkten stets die neuen Kräfte, wie störrisch sich auch die verfaulenden Kräfte weigerten, sie anzuerkennen. Obwohl die Revisionisten der II. Internationale der Bolschewistischen Partei Lenins die Anerkennung verweigerten, obwohl die amerikanischen Imperialisten seinerzeit den Sowjetstaat nicht anerkannten und jetzt die Volksrepublik China nicht anerkennen, waren beziehungsweise sind sie nicht in der Lage, die Entwicklung der Bolschewistischen Partei, des Sowjetstaates und der Volksrepublik China aufzuhalten. Und obwohl Ihr sie nicht anerkennt, existieren und wachsen die neuentstandenen Kräfte des Marxismus-Leninismus in der ganzen Welt weiter. Je wütender Ihr sie beschimpft, desto mehr wird damit bewiesen, daß sie richtig und gut handeln.

Im Gegensatz zu Euch zollen die Kommunistische Partei Chinas und die anderen marxistisch-leninistischen Bruderparteien diesen Marxisten-Leninisten, die die revolutionären Parteien des Proletariats wiederaufbauen, größte Hochachtung. Enge Beziehungen zu ihnen zu unterhalten und ihren revolutionären Kampf entschlossen zu unterstützen — das ist eine unausweichliche Pflicht, die uns der proletarische Internationalismus auferlegt. So handelten wir in der Vergangenheit, so handeln wir in der Gegenwart und so werden wir, wie sehr Ihr uns auch verfluchen möget, auch in der Zukunft handeln, und zwar noch mehr und noch besser.

Wir müssen Euch auch warnen, daß Eure Einmischung in die Angelegenheiten der Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten und gegen den Revisionismus kämpfen, und Eure Wühlarbeit gegen sie zum Scheitern verurteilt sind. Durch ein derart niederträchtiges Vorgehen kommt nur Eure widerliche Fratze zum Vorschein, die Fratze von Leuten, die mit den Reaktionen gemeinsame Sache machen und den revolutionären Kampf der Völker aller Länder sabotieren. In letzter Zeit habt Ihr an das ZK der KP Japans gerichtete Briefe einseitig veröffentlicht und skrupellos gegen die heroische Kommunistische Partei Japans, die in der vordersten Frontlinie des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus und die einheimischen Reaktionen steht, offene Angriffe gestartet. Ihr steckt mit den amerikanischen und japanischen

Reaktionären unter einer Decke; unterstützt Yoshio Shiga, Ichizo Suzuki und andere Renegaten der KP Japans, wollt die Kommunistische Partei und die revolutionäre Bewegung Japans unterwühlen. Wir protestieren energisch gegen diese Eure verbrecherische Handlungsweise, durch die Ihr am proletarischen Internationalismus Verrat begeht. Wir unterstützen entschieden den Kampf der Kommunistischen Partei Japans gegen Eure Einmischung und Wühlarbeit. Wir unterstützen entschieden den Kampf der Kommunistischen Partei Indonesiens und aller anderen marxistisch-leninistischen Bruderparteien gegen Eure Sabotageakte.

Was die offene Polemik betrifft, so weiß doch jedermann, daß Ihr selbst sie begonnen habt. Am Anfang gabt Ihr Euch mit Leib und Seele der offenen Polemik hin. Wir haben Euch eindringlich davon abgeraten, doch Ihr habt nicht hören wollen. Ja, nicht genug damit: Je mehr wir Euch vor der offenen Polemik warnten, desto eifriger habt Ihr sie betrieben. Ihr hattet Euch nämlich eingebildet, daß Ihr damit die Marxisten-Leninisten niederschlagen und vom Erdboden tilgen könntet. Ihr ahntet gar nicht, daß sich die Dinge sehr bald in genau entgegengesetzter Richtung entwickeln würden. Im Laufe dieser großen Polemik hat sich sehr rasch Euer revisionistisches Gesicht gezeigt, in mancher Beziehung schon zur Gänze enthüllt, dagegen sind die marxistisch-leninistischen Kräfte sehr schnell erstarkt. Diese große Polemik ist zu einem Ofen geworden, in dem die revisionistische Schlacke ausgeschieden wird, und die Flammen kündigen den unvermeidlichen neuen Aufschwung der proletarischen Weltrevolution. Jetzt seid Ihr von Furcht und Bangen ergriffen, doch nützt Euch nichts mehr, Ihr könnt sie nicht mehr löschen. Ihr habt doch das Feuer der offenen Polemik entfacht, das die ganze Welt erfaßt hat, und wollt es nun mit Papier zudecken. Wie ist das möglich?

In Eurem Brief beschuldigt Ihr uns, „die öffentliche Polemik endlos weiterzuführen“. Wir können Euch mitteilen, daß wir weder mit den Entgegnungen auf Euren Offenen Brief vom 14. Juli vorigen Jahres fertig sind, noch mit den Antworten auf den chinafeindlichen Bericht und ebensolchen Beschluß Eures diesjährigen Februar-Plenums begonnen haben, daß wir uns überdies das Recht vorbehalten, auf die mehr als 3000 antichinesischen Artikel und sonstigen Materialien, die Ihr in den letzten 12 Monaten veröffentlicht habt, zu antworten. Solange Ihr an der revisionistischen Linie festhaltet und Euch weigert, Eure Fehler öffentlich einzugestehen, werden wir ganz gewiß die große Polemik fortsetzen. Da Ihr ein durch und durch revisionistisches Programm aufgestellt habt und es halsstarrig der internationalen kommunistischen Bewegung aufzwingen wollt, werden wir als eine marxistisch-leninistische und seriöse Partei selbst-

verständlich Euren Revisionismus konsequent entlarven und verurteilen. Kann es überhaupt noch eine Basis für die Einheit der Bruderparteien geben und wie kann eine internationale Beratung der Bruderparteien erfolgreich abgehalten werden, wenn man in solchen wichtigen und prinzipiellen Fragen wie die fundamentalen Leitsätze des Marxismus-Leninismus und die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung nicht klar und eindeutig zwischen Recht und Unrecht unterscheidet?

In Eurem Schreiben weist Ihr unseren Vorschlag, daß jeder von uns in seiner Presse die polemischen Artikel und Materialien der Gegenseite abdrucken solle, abermals zurück. Ihr zittert wohl vor unserem Vorschlag. Ihr sucht nach Ausflüchten und rechtfertigt die Nichtveröffentlichung unserer Materialien damit, daß Ihr die „Freundschaft und Brüderlichkeit“, die das Sowjetvolk der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk entgegenbringe, nicht untergraben wollet. Das ist nun türwahr eine seltsame Logik! Wenn Ihr mehrere tausend Artikel und Materialien veröffentlicht, in denen die Kommunistische Partei Chinas böseartig verleumdet und beschimpft wird, wenn Ihr alles nur Mögliche unternimmt, um Lügen zu fabrizieren und die Volksmassen hinters Licht zu führen, ist das etwa nicht eine Untergrabung der chinesisch-sowjetischen Freundschaft? In Eurem Schimpfwörterlexikon heißen wir „Pseudomarxisten“, „moderne Trotzkisten“, „kleinbürgerliche Utopisten in Reinkultur“, „direkte Sowjetfeinde“, „Anti-Kommunisten“, „kriegslüsterne Nationalisten“, „Rassisten“, „großchinesische Chauvinisten“, „Hegemonisten“, „Pekinger Abtrünnige“, „moderne Streikbrecher der Revolution“, „Pseudorevolutionäre“, „geistige Väter der heutigen Rechtssozialisten“, „Kumpane der imperialistischen Reaktionäre“, „Kumpane der eingefleischten Kolonisatoren“ usw. usw. Wollt Ihr denn wirklich mit solchen Schimpfkanonaden die chinesisch-sowjetische Freundschaft verteidigen? Es ist also völlig klar, daß Ihr unsere Vorschläge ablehnt und es nicht wagt, in Eurer Presse unsere Artikel und Materialien, die Tatsachen und unwiderlegbare Argumente enthalten, abzu drucken, weil Ihr Euch dessen wohl bewußt seid, daß die breiten Volksmassen der Sowjetunion und die Mitglieder der KPdSU die chinesisch-sowjetische Freundschaft schätzen und zwischen Recht und Unrecht unterscheiden können, daß Ihr es, falls das Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU unsere Materialien lesen und sich über die Wahrheit informieren könnten, immer schwerer haben würdet, Euer Dasein zu fristen.

Um Euch selbst Mut zu machen, behauptet Ihr in Eurem Schreiben, je mehr Zeit verstrichen sein werde, umso deutlicher würde das Leben beweisen, daß Ihr im Recht wäret, wir aber unrecht hätten. Wenn dem so ist, warum regt Ihr Euch dann so auf? Warum schreit Ihr Euch

dann heiser über die neuauftretenden Kräfte des Marxismus-Leninismus? Warum fordert Ihr dann so ungeduldig die Einstellung der öffentlichen Polemik? Warum beeilt Ihr Euch dann so sehr mit der Einberufung einer internationalen Konferenz? Läge es dann nicht vielmehr in Eurem Interesse, der Zeit das Urteil zu überlassen, damit sie die Unrichtigkeit unserer Linie an den Tag bringe? Unter uns gesagt: Die Zeit arbeitet nicht für Euch, und Ihr habt Euer Vertrauen in die Zukunft verloren. Die Wirklichkeit ist unbarmherzig. Euer Brief ermangelt jeglicher Argumente, entbehrt der Überzeugungskraft; die Wut, die er äußert, zeugt von innerer Schwäche, und er zeigt, daß Ihr feige seid wie Mäuse — kurz: er spiegelt genau Eure Geistesverfassung wider. Aber da kann man nichts machen! Ihr selbst habt ja das alles angerichtet. Wem wollt Ihr denn die Schuld geben, wenn der Stein, den Ihr gegen uns erhoben habt, Euch auf die eigenen Zehen fällt?

V

Die Kommunistische Partei Chinas tritt konsequent dafür ein, eine gut vorbereitete internationale Konferenz der Bruderparteien, eine Konferenz der Einheit auf der Basis des Marxismus-Leninismus einzuberufen, und stellt sich mit aller Entschiedenheit Eurem Versuch entgegen, eine Konferenz der Spaltung zu organisieren.

Das ZK der KP Chinas erklärt feierlich: Wir werden unter keinen Umständen an irgendeiner internationalen Konferenz und deren vorbereitender Beratung teilnehmen, die Ihr lediglich zu dem Zweck einberufen wollt, die kommunistische Weltbewegung zu spalten.

Jedermann sieht deutlich, daß bei so schwerwiegenden Differenzen und so heftigen Auseinandersetzungen in der kommunistischen Weltbewegung eine überhastet einberufene internationale Konferenz nur schlimme Folgen nach sich ziehen könnte, keinesfalls aber von Erfolg gekrönt sein würde. Wenn Ihr jedoch unsere ernststen Warnungen weiterhin in den Wind schlägt und das Prinzip der Herbeiführung einer Einmütigkeit durch Konsultationen verwerft, wenn Ihr weiterhin darauf besteht, rechtswidrig und einseitig eine internationale Konferenz einzuberufen, so wird das nur eines zum Ergebnis haben: die offene Spaltung.

Von der Auflösung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1943 bis 1957 sind insgesamt 14 Jahre verstrichen. In dieser Zeitspanne hat keine einzige internationale Konferenz der kommunistischen Parteien aller Länder stattgefunden. Das hat aber keineswegs die Entwicklung der Sache des Kommunismus in der Welt aufgehalten. Im Gegenteil: Gerade während dieser 14 Jahre hat die chinesische Revolution gesiegt, haben Revolutionen verschiedenen Typs in einer

Reihe von Ländern Osteuropas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den Sieg errungen; ist auch in anderen Ländern die revolutionäre Sache bedeutend vorwärtsgekommen. Die Erfahrung lehrt, daß es das Wichtigste für die kommunistischen Parteien aller Länder ist, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Lande geschickt zu verbinden, an der revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus festzuhalten und den revolutionären Kampf unabhängig und selbständig zu führen. Jeder, der so handelt, wird die revolutionäre Sache des eigenen Volkes Schritt für Schritt zum Sieg führen und dadurch zur revolutionären Sache des internationalen Proletariats beitragen, während jeder, der anders handelt, der revolutionären Sache nur Rückschläge bringt und eine Niederlage bereitet.

Seit 1957 haben die kommunistischen Parteien der Welt bereits zwei internationale Beratungen abgehalten. Auf der Beratung der Bruderparteien von 1957 wurde ein gemeinsames Programm der kommunistischen Weltbewegung festgelegt. Doch habt Ihr schon kurz danach die revolutionären Prinzipien der Deklaration über Bord geworfen, habt begonnen, Eure revisionistische Linie rücksichtslos durchzusetzen und sie darüber hinaus den Bruderparteien aufzuzwingen. Auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 haben wir sowie die anderen marxistisch-leninistischen Bruderparteien an Eurer revisionistischen Linie ernste Kritik geübt. Ihr aber seid bei Euren Fehlern geblieben; habt nun auch die revolutionären Prinzipien der Erklärung von 1960 über Bord geworfen; beharrt auf Eurem antimarxistisch-antileninistischen Standpunkt, erweitert und vertieft ununterbrochen die Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung. Wie kann man unter diesen Umständen eine Konferenz der Einheit auf der Basis des Marxismus-Leninismus einberufen?

Daher haben wir erklärt: „Unter den heutigen Umständen ist es tunlich, die internationale Konferenz der Bruderparteien lieber später als früher einzuberufen oder sie sogar überhaupt nicht einzuberufen.“ Seinerzeit fand innerhalb von 14 Jahren keine einzige internationale Konferenz der Bruderparteien statt, doch ergaben sich daraus keinerlei Nachteile, sondern ging im Gegenteil alles gut vonstatten. Warum dann jetzt solche Eile mit der Einberufung einer Konferenz?

Jetzt wollt Ihr eine große Konferenz der Spaltung einberufen, nein, richtiger: eine kleine Zusammenkunft von Spaltern; denn von der Gesamtzahl der Kommunisten in der Welt ist es nur eine Handvoll Leute, die wirklich an den Revisionismus glauben, und diese Leute werden

letzten Endes eine Niederlage erleiden. Unter den Revisionisten der Welt herrschen Meinungsverschiedenheiten und große Zwistigkeiten. Es gibt zwar einige Leute, die sich bedingungslos Eurem Taktstock unterordnen, aber ihre Zahl wird immer kleiner. Deshalb wird die Geschichte den Beweis liefern, daß die sogenannte Konferenz, die Ihr ohne Konsultation und Zustimmung der Bruderparteien einseitig und mittels Zwang einberufen wollt, nur eine im Dienst der Bourgeoisie stehende antikommunistische, volksfeindliche und konterrevolutionäre Konferenz, eine bedeutungslose Versammlung sein würde, genauso wie die seinerzeitigen Quasi-Konferenzen, die von der II. Internationale gegen den Leninismus veranstaltet wurden.

Nun, wenn Ihr es schon so beschlossen habt, werdet Ihr die Konferenz wohl einberufen müssen. Andernfalls hieße es wortbrüchig werden. Würdet Ihr aber dann nicht für ewige Zeiten die Blamierten sein? Wie sagt doch das Sprichwort? „Ist auf den Rücken des Tigers gestiegen und kann nicht wieder heruntersteigen.“ Ihr befindet Euch in einem Dilemma! In die Grube, die Ihr gegraben habt, fallt Ihr selbst hinein und brecht Euch den Hals. Gebt Ihr jetzt die Einberufung der Konferenz auf, wird man sagen, daß Ihr die Ratschläge der Chinesen und aller marxistisch-leninistischen Parteien angenommen habt, und Ihr würdet das Gesicht verlieren. Beruft Ihr aber die Konferenz ein, dann geratet Ihr zwangsläufig in eine Sackgasse, aus der Ihr Euch nicht wieder herausfinden würdet. Das ist die überaus schwere Krise, die Ihr Revisionisten an diesem historischen Wendepunkt auf Euch selbst heraufbeschworen habt. Spürt Ihr das etwa noch nicht? Wir sind fest davon überzeugt, daß das Datum Eurer sogenannten Konferenz der Tag sein wird, da Ihr ins Grab sinkt.

Liebe Genossen! Wir möchten Euch nochmals in aller Aufrichtigkeit raten, lieber vor dem Abgrund Halt zu machen, als Euer heuchlerisches, unnützes „Gesicht“ zu wahren. Wenn Ihr nicht auf unseren Ratschlag hört und es vorzieht, in eine Sackgasse zu gehen, dann bitte schön! Dann können wir nur sagen:

Da stehst du machtlos da: die Blüten fallen nieder;

*Die Schwalben — sollt' ich sie nicht kennen? —
kehren wieder.*

Mit brüderlichen Grüßen

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt Wien 101